

Michele Salvati und Giorgio Brosio*
Politik und Markt in der Krise: Die industriellen Beziehungen
im Europa der siebziger Jahre**

1. Politisierung der industriellen Beziehungen in der Krise?

Zwei große Wellen der Instabilität haben die europäischen Volkswirtschaften im vergangenen Jahrzehnt erschüttert: eine Inflationswelle, die 1973 bzw. 1975 ihre höchsten Höhen erreichte, und eine lange Welle von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Rückgang, wie sie nach der ‚Ölkrise‘ in allen westeuropäischen Ländern in signifikantem, bedrohlichem Umfang aufgetreten ist. Die Wirkungen beider Wellen sind heute noch zu spüren – und niemand kann sagen, ob ihnen nicht noch weitere folgen werden.

Die Regierungen handeln fast alle angesichts einer solchen Situation mit äußerster Vorsicht: Einerseits vermeiden sie aus Angst vor Inflation und Zahlungsbilanzschwierigkeiten eine wirtschaftspolitische Expansion, die eine solche Größenordnung erreichen würde, daß dadurch die Arbeitslosigkeit beseitigt werden könnte; andererseits schrecken sie aber auch vor einer allzu weitgehenden Deflation zurück, wie sie von einigen Wirtschaftssachverständigen empfohlen wird, um keine ‚übermäßige‘ Arbeitslosigkeit – mit den entsprechenden politischen Folgen – auszulösen. Sie glauben, auf diese Weise noch am ehesten den ‚schmalen Pfad‘ finden zu können, auf dem die Industriegesellschaften schließlich doch noch einen Ausweg aus ihren gegenwärtigen Schwierigkeiten finden könnten (vgl. OECD 1977). In jedem Fall

* M. Salvati arbeitet als Dozent für Industriegewirtschaft an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Modena; G. Brosio ist Dozent für Finanzwissenschaften an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Turin. Sie danken ihren Kollegen G. P. Cella und G. C. Mazzochi für nützliche Hinweise.

** Eine englische Fassung erschien im *Daedalus* (1979), Frühjahr, eine *erweiterte* italienische Übersetzung, die P. Lalli besorgte, in *Il Mulino* No. 264, Juli/August 1979. Die vorliegende, um ein knappes Drittel gekürzte Fassung hat F. O. Wolf für die Prokla auf der Grundlage beider Fassungen hergestellt. Übertragung und Auswahl orientierten sich dabei nicht so sehr an der erklärten Intention der Autoren, vor dem Hintergrund der Theorie des ‚politischen Konjunkturzyklus‘ (vgl. Kalecki 1943 sowie kritisch Hoffmann 1978) zu verallgemeinernden Aussagen über den ‚Zusammenhang zwischen den folgenden drei Momenten zu gelangen: des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der politischen Demokratie und der Vollbeschäftigung‘ (II Mulino, S. 524), als vielmehr an ihren konkreten Analyseansätzen, die vielfältige Verschiebungen in den Kampfperspektiven der Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern thematisieren. Sie bieten reichhaltige Ausgangspunkte für ein konkretes Begreifen gegenwärtiger Verlaufsformen des ‚industriellen Zyklus‘ – jenseits der problematischen *Alternative* von ‚Ökonomie‘ und ‚Politik‘. (Anmerkung des Übersetzers = A. d. Ü.)

wird ein solcher Ausweg – einmal vorausgesetzt, es gibt ihn – schmal und langwierig zu begehen sein; soweit wir es überhaupt absehen können, werden auch die Arbeitslosigkeit und die inflationären Tendenzen anhalten (1).

Diese allgemeine Problemlage ist weder spezifisch europäisch, noch werden die darauf bezogenen wirtschaftspolitischen Strategien in ganz Westeuropa einheitlich durchgeführt. Dennoch gibt es ein Element in dieser Entwicklung, das sowohl *spezifisch* als auch von *allgemeiner Bedeutung* für Europa ist: Das ist die Art und Weise, wie die drei hauptsächlichsten Akteure des ‚Systems der industriellen Beziehungen‘, also Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Regierungen, zunächst relativ erfolgreich einen Wirtschaftsprozeß unter der Voraussetzung der Vollbeschäftigung – neuerdings dann unter der Voraussetzung einer Beschäftigungslage unterhalb der Vollbeschäftigung – haben steuern können.

Viele europäische Länder haben starke Gewerkschaften, die mit bestimmten, zumeist linken politischen Parteien in enger Verbindung stehen (2). Die hier vorliegende Verbindung von Gewerkschaft und Partei, die sich so sehr von den Verhältnissen in den USA unterscheidet, wird immer noch in gehaltvoller Weise vom Begriff der ‚Arbeiterbewegung‘ getroffen – wenn sich auch inzwischen dessen ursprüngliche Bedeutung zum großen Teil verflüchtigt hat (3).

In den nächsten Jahren sind keine wesentlichen Lohnerhöhungen zu erwarten: Nachdem die Nettoreallöhne in vielen europäischen Ländern seit 1974/75 stagnieren, kann man keine nennenswerte Aufwärtsbewegung mehr erwarten, falls es nicht zu einem massiven Anstieg der Nationaleinkommen kommt. Zugleich hat die Arbeitslosigkeit ihren höchsten Stand seit dem Nachkriegsaufschwung erreicht. Auch wenn dadurch bis heute die Macht der Gewerkschaften noch nicht ernsthaft bedroht worden ist – die ja aufgrund der benannten politischen Rahmenbedingungen besonderen Schutz genoß –, so ist doch die Vorstellung, die Arbeitslosigkeit könne längere Zeit auf ihrem gegenwärtigen Stand bleiben oder gar noch ansteigen, zu einer ernsten Sorge der Arbeiterbewegung geworden (4).

Seit es klar wurde, daß bei Tarifverhandlungen nur mehr relativ geringe Lohnsteigerungen herausgeholt werden können, hat sich in letzter Zeit der Druck in Richtung auf eine Einbeziehung von über den Lohn hinausgehenden Forderungen verstärkt. Das gilt sowohl für Forderungen gegenüber Unternehmervertretern wie gegenüber staatlichen Instanzen. Aufgrund der Verlagerung des Schwerpunkts der gewerkschaftlichen Strategie von reinen Lohnsteigerungen auf die Sicherung eines hohen Beschäftigungsgrades vollzieht sich sowieso schon eine zunehmende Einbeziehung der Gewerkschaften in allgemeine Probleme der Wirtschaftspolitik. Darüberhinaus haben auch alle Versuche der Regierungen, die Gewerkschaften zum Beitritt zu offenen oder verdeckten Formen eines ‚Sozialvertrages‘ zu bewegen, dazu geführt, daß neuartige Forderungen auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Die Lohnkämpfe kannten bisher zwar durchaus Sieger und Besiegte, sie wurden aber nach im Grunde feststehenden, stabilen ‚Spielregeln‘ ausgefochten, die allenfalls langsam verändert werden konnten. Die Probleme der Wirtschaftsdemokratie, der Investitionskontrolle, der Arbeitszeitverkürzung und überhaupt der Einbeziehung der Gewerkschaften in die Wirtschaftspolitik der Regierungen – um nur einige der neuen

Themen auf der Tagesordnung vieler Gewerkschaften, Parteien und Regierungen aufzuzählen – werfen Fragen auf, die tiefgreifendere Veränderungen in den industriellen Beziehungen nach sich ziehen, wie wir sie heute kennen. M. a. W. werden dadurch die grundlegenden ‚Spielregeln‘ selbst zur Diskussion gestellt.

Die damit angesprochene Tendenz zu einer weitergehenden Politisierung der industriellen Beziehungen (5) hat innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung viele Feinde: *Innerhalb* der Arbeiterbewegung besagt der dagegen vorgebrachte Einwand im Kern, durch diese Tendenz würden die Gewerkschaften ihre Verhandlungsfreiheit zugunsten von allenfalls langfristig wirksamen, jedenfalls aber zweifelhaften Vorteilen aufgeben. Sein Gewicht bezieht dieser Einwand sowohl daraus, daß er durchaus realistisch ist, als auch aus dem Umstand, daß sich die gewerkschaftliche Basis konkret hinter diesen Einwand stellen kann. *Außerhalb* der Arbeiterbewegung führen die Unternehmer ein spiegelbildlich entsprechendes Gegenargument ins Feld: Es werde nicht möglich sein, die Befolgung von Lohnstillhalteabkommen wirklich durchzusetzen, stattdessen würde es zu wesentlichen Eingriffen in die Marktmechanismen kommen, so daß deren Funktionieren beeinträchtigt würde (6).

Aus politischen Überlegungen sieht sich der Staat gezwungen, etwas gegen Arbeitslosigkeit und Inflation zu unternehmen; aber der Weg einer wirklich scharf antigewerkschaftlichen Politik, ‚die ein Exempel statuier‘, ist ihm heute in den meisten westlichen Ländern versperrt. Darüberhinaus ist in denjenigen Ländern, in denen die Industrie nicht bloß unfähig ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern überhaupt von Staatseingriffen abhängig ist, nicht einmal eine Strategie des *laissez faire* im Ernst glaubwürdig.

Auf Grund dieser Lage kann man weitergehende Staatseingriffe voraussagen, falls der gegenwärtige depressive Zustand der Wirtschaft noch einige Zeit andauert. Solche Staatseingriffe würden auf die industriellen Beziehungen und die damit zusammenhängenden Bereiche zielen (Entscheidungen über Beschäftigung und Arbeitsmarkt) sowie auf die Unternehmensentscheidungen (Industriepolitik). Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich in einigen Ländern recht schmerzvoll vollziehen (7).

2. Die fünfziger Jahre: Zwischen Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung

Offene Arbeitslosigkeit bzw. ein reichliches Angebot an Arbeitskräften aufgrund wirtschaftlicher Umstrukturierungen oder aufgrund von Einwanderung bildeten in den fünfziger Jahren gemeinsame Grundzüge der Lage in den westeuropäischen Ländern, die sich dann in einigen Ländern bis weit in die sechziger Jahre gehalten haben. Vollbeschäftigung und weitgehendes Fehlen einer Arbeitskräftereserve in der Landwirtschaft waren nur für eine begrenzte Gruppe von industriell hochentwickelten Ländern bestimmend, wie Großbritannien, Belgien und Schweden. Allerdings sollten deren Probleme – ebenso wie die Antworten, die sie darauf fanden – in den folgenden Jahrzehnten für die anderen europäischen Länder bedeutungsvoll werden.

Unter den Bedingungen eines ‚günstigen Wirtschaftsklimas‘ (8), der Vorherr-

schaft einer Weltmacht, die sich auf die Liberalisierung des Welthandels festgelegt hatte, und einer Situation, in der erst noch ein beträchtlicher technologischer Rückstand zu überwinden war, erwies sich ein reichliches Angebot an Arbeitskraft als eine wirkungsvolle Voraussetzung für ein schnelles Wachstum des Realeinkommens (vgl. Kindleberger 1967). Auf der Grundlage eines ‚günstigen‘ politischen Klimas trug die relative Schwäche der Seite der Arbeit auf dem Arbeitsmarkt zu einer Mäßigung der Lohnsteigerungen sowie zur Stabilisierung der Preise bei. Ob demgegenüber die Gewerkschaften einen antikapitalistischen Standpunkt bezogen, wie in Italien oder in Frankreich, oder reformistische Positionen vertraten, lief ökonomisch jedes Mal auf dasselbe hinaus: Im ersten Fall, indem sie praktisch aus der Politik ausgeschlossen blieben, im zweiten Fall, weil ihre Beteiligung von einer Position der Schwäche aus erfolgte. Darüberhinaus verstärkte sich Geschwindigkeit des Wirtschaftswachstums und gemäßigt Tempo der Lohnsteigerungen in gewissem Sinne gegenseitig: Aufgrund der Preisstabilität näherten sich die Nominallohnzuwächse den Reallohnzuwächsen sehr weitgehend an, während nur noch ein geringer Differenzbetrag aufgrund des strukturell bedingten Anwachsens der Konsumgüterpreise verloren ging. Damit führten nach heutigen Maßstäben bescheidene Steigerungen der Geldlöhne bereits zu relativ großen und kontinuierlichen Reallohnzuwächsen und damit auch – da sich der Zugriff der direkten Steuern auf die Löhne erst später entwickelte – zu einem eindrucksvollen Wachstum der verfügbaren Einkommen. Dieser Mechanismus trug wesentlich dazu bei, einen hohen Grad von Zustimmung zu einer Wirtschaftspolitik zu sichern, die derart wohltätige Wirkungen zeitigte. Andererseits ermöglichte ein ‚annehmbares‘ Wachstum der Geldlöhne in Verbindung mit der Preisstabilität auch eine ununterbrochene wirtschaftliche Expansion: Hohe Profite und große Investitionen schlugen sich ihrerseits wieder in einer erhöhten Produktivität nieder, in erhöhten Einkommen und in Zuwächsen der Reallöhne – wodurch dann dieser ‚wohltätige Kreislauf‘ wiederum in Gang gehalten wurde (9).

Das gesellschaftliche Klima, das mit dieser Konstellation der politischen und wirtschaftlichen Kräfte einherging, hat Alessandro Pizzorno treffend als ein Klima der ‚individualistischen Mobilisierung‘ gekennzeichnet (Pizzorno 1974). Dabei hob er mit Recht den Zusammenhang hervor, der zwischen der Erfahrung von Krieg und Wiederaufbau und der sich anschließenden außerordentlichen Mobilisierung individueller (und auch individualistischer) Energien bestanden hat. Heute wäre es schwer, auch nur Beispiele zu finden, die die damals herrschende Atmosphäre wiedergeben würden. Nach den großen kollektiven Bewegungen Ende der siebziger Jahre scheint jetzt ein Klima ‚individualistischer Rigidität‘ zu herrschen, in dem sich alle Individuen auf ihren hergebrachten Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen zurückziehen, ob er nun auf einen Arbeitsplatz oder auf einer staatlichen Leistungsverpflichtung beruhte oder ob er bloß in einer Differenz hinsichtlich von Einkommen oder Ansehen bestand.

Der flüchtige, skizzenhafte Ausflug in eine weit zurückliegende Vergangenheit, den wir unternommen haben, diente allein dem Zweck, an eine Periode der europäischen Nachkriegsgeschichte zu erinnern, in der – wie heute auch – Arbeitslosigkeit ebenso weit verbreitet wie dauerhaft gewesen ist, und dabei zugleich die

Differenzen zur gegenwärtigen Situation herauszuarbeiten. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die damals ein solch außergewöhnliches Wachstum der Produktion unter der Bedingung von Preisstabilität möglich gemacht haben, waren historisch einzigartig; in ihnen sind auf komplexe Weise individuelle Haltungen, gesellschaftliche Mächte, politische Beziehungen und Marktlagen zusammengefloßen.

Trotz aller Bezugnahme auf das ‚Recht‘ auf Beschäftigung oder auf den ‚sozialen‘ Charakter der Marktwirtschaft in den neuen Verfassungen der Nachkriegszeit war bis in die sechziger Jahre hinein Beschäftigung ein knappes Gut, das nur durch ernsthafte Bemühungen errungen und nur unter großen Anstrengungen erhalten werden konnte (10). Diese Situation herrschte vor allem im Kerngebiet Kontinentaleuropas; an seiner Peripherie wurden andere Erfahrungen gemacht: Großbritannien und Schweden verzeichneten eine Periode der Vollbeschäftigung schon seit Kriegsbeginn oder sogar davor; hier wurde dann auch schon früher als im übrigen Europa Beschäftigung wirklich als ein individuelles Recht betrachtet (11).

Wenn es uns in dieser Skizze gelungen ist, einen Eindruck von den sozialen und politischen Umständen zu vermitteln, wie sie in Europa um 1960 herum bestanden, dann liegt im Verständnis dieser Situation der Schlüssel zur Beantwortung einiger wichtiger Fragen:

– Wie konnte es den politischen Akteuren gelingen, den ersten Schock, den die Vollbeschäftigung auslöste – in Gestalt einer Lohn-Preis-Inflation vom Nachfrage-Sog-Typus –, überhaupt unter Kontrolle zu bringen?

– Warum kam es erst ganz am Ende des Jahrzehnts – und fast gleichzeitig in den verschiedenen Ländern – zu einem größeren Ausbruch von Konflikten auf der Ebene der industriellen Beziehungen und zu einer Welle von Lohnforderungen?

Die Antwort auf diese Fragen liegt u.E. darin begründet, daß erst in einem längeren Zeitraum die politischen und sozialen Konsequenzen einer so radikalen Veränderung der Lage heranreifen können, wie es der Übergang zu einer Situation von Vollbeschäftigung bei kontinuierlichem Wirtschaftswachstum gewesen ist – und das in einem Klima der politischen Demokratie, wie es in vielen Ländern Kontinentaleuropas geherrscht hat. Die kollektive Erinnerung verliert sich nur langsam; manchmal ist schon ein Auftreten neuer Generationen erforderlich, um neue, aggressivere Formen des kollektiven Handelns auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen (vgl. Brown 1975). Auch verändert sich die Organisationsfähigkeit und Verhandlungsmacht der unterschiedlichen sozialen Gruppen nicht unmittelbar mit dem Auftreten eines neuen, für sie günstigeren gesellschaftlichen Klimas. Der Übergang von einem veränderten sozialen Kräfteverhältnis zu einem neuen Kräfteverhältnis auf politischer Ebene braucht einfach Zeit.

Das gilt natürlich auch – und das ist für uns heute wichtiger – in umgekehrter Richtung: Wenn es erforderlich wird, bei wachsender Arbeitslosigkeit zugleich inflationäre Tendenzen zu bremsen und wenn sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Interessengruppen ebenso wie im politischen Raum verschieben, so sorgt einfach schon die Trägheit der Organisationsstrukturen dafür, daß dieser Prozeß sich langsam vollzieht. Das große politische Gewicht des Arbeitsmarktes stellt darüberhinaus noch ein weiteres Hindernis für ein elastisches Reagieren der Löhne auf bloße Markt-

kräfte dar. Auch dies gilt in beiden Richtungen (12).

3. Die Erneuerung der Klassenkämpfe in Europa (vgl. Crouch, Pizzorno 1978; Barkin 1978)

Nach unserer Auffassung kann man für die europäischen Länder in den 60er Jahren vor allem festhalten, daß Vollbeschäftigung und kontinuierliches Wirtschaftswachstum zwar wichtige soziale und politische Auswirkungen gehabt haben, daß diese Bedingungen aber in einigen westeuropäischen Ländern Mitte der sechziger Jahre noch nicht ausgereift waren, so daß Raum bleibt für spezielle, Untersuchungen über den Zeitpunkt und die Intensität der gegen Ende des Jahrzehnts ausbrechenden Lohnexplosion sowie über die damit verbundene neue Militanz der Arbeiterklasse (13).

Ein so niedriger Stand an Arbeitslosigkeit, wie er in den sechziger Jahren in Europa vorlag, ist nur unter der einen Voraussetzung mit kontinuierlichem Wirtschaftswachstum und Preisstabilität vereinbar, daß die Marktmacht der Arbeit und ihrer Organisationen nicht voll ausgespielt wird. Sonst würde es gar nicht zu verhindern sein, daß eine Beschäftigungspolitik mit hochgestecktem Vollbeschäftigungsziel in einen unaufhörlichen Kreislauf konjunkturpolitischer Wechselbäder einmündete („stop-go policy“). Aufgrund spezifischer historischer Traditionen sowie entsprechender institutioneller und politischer Konstellationen – allgemeiner gesprochen aufgrund unterschiedlicher Grade von gesellschaftlichem Konsensus über Einkommensverteilung und Wirtschaftspolitik – kann es in geringerem oder in größerem Umfang möglich sein, Vollbeschäftigung mit Preisstabilität erfolgreich zu verbinden. Das dabei zu lösende Problem ist jedenfalls – so unterschiedlich auch der Grad sein mag, in dem ein Erfolg erzielt werden kann – selbst in so verschiedenen Gesellschaften wie der italienischen und der schweizerischen – oder gar der US-amerikanischen – ein und dasselbe.

Allerdings besteht hier ein bedeutungsvoller Unterschied zwischen den meisten europäischen Ländern und einer in höherem Grad konkurrenzorientierten und pluralistischen Gesellschaft mit einem geringeren Grad an Vollbeschäftigung wie den USA. Die europäischen Länder besitzen stärkere und in höherem Grad zentralisierte Gewerkschaften sowie viel enger mit ihnen verbundene Parteien als dies in den USA, etwa zwischen den amerikanischen Gewerkschaften und der Demokratischen Partei, der Fall ist. Bezogen auf das Problem, das wir hier erörtern, kann allerdings dieses Erbe der alten *Arbeiterbewegung* (14) durchaus unterschiedliche Auswirkungen haben: Zwar bildet es eine notwendige Voraussetzung dafür, einen mäßigen Einfluß auf die ‚reinen‘ Marktkräfte auszuüben, um so ein günstigeres Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Inflation zu erreichen (15) – aber die Macht, die im Sinne einer solchen Mäßigung eingesetzt werden kann, kann ebenso im Sinne einer Destabilisierung eingesetzt werden (16). In den sechziger Jahren vollzog sich – mit der gewiß nicht zu vernachlässigenden Ausnahme Frankreichs – in vielen europäischen Ländern eine schrittweise Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse

zugunsten der Linken, zugunsten einer gemäßigten, reformistischen Linken (17). Allerdings war etwa die *Große Koalition* (18) und die ihr folgende sozialliberale Koalition sehr verschieden etwa von der Mitte-Links-Regierung in Italien, die eine Perspektive der Beteiligung der KP an der Regierungsverantwortung eröffnet hat: In Italien, wo die KP die in der Arbeiterbewegung dominierende Partei war, konnte sich eben diese Linksverschiebung nicht so leicht vollziehen, wie sich das in Deutschland als möglich erwies. Überall und immer wieder hat man in den sechziger Jahren versucht, die Entwicklung der Löhne und Preise unter Kontrolle zu bringen, durch Staatseingriffe oder auch durch Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Industrieverbänden. Allerdings steht dabei die ruhige Zusammenarbeit und das lautlose Funktionieren derartiger Vereinbarungen im korporatistischen Österreich (vgl. Lehmbuch 1977) in scharfem Kontrast zu den ebenso häufigen wie wirkungslosen Staatseingriffen in die industriellen Beziehungen, wie sie in Großbritannien erfolgten (vgl. Panitch 1979). In den ganz wenigen Ländern, in denen die erforderlichen Voraussetzungen dafür gegeben waren (das gilt für so verschiedene Fälle wie die der Schweiz, eines ausgesprochenen Einzelfalls, oder wie die Österreichs und der skandinavischen Länder, die eine interessantere Kategorie von exemplarischer Bedeutung bilden), hat ein hoher Stand der Wirtschaftstätigkeit weder relevante Auseinandersetzungen zwischen den Tarifparteien nach sich gezogen, noch auch zu einem unkontrollierbaren inflationären Schub geführt. Besonders bemerkenswert ist der ‚Fall Österreich‘, in dem es einer weitgehend offenen Volkswirtschaft gelungen ist, den sich international entwickelnden Inflationsschub zu einem großen Teil zu neutralisieren. Die von der OECD über diese außergewöhnliche Leistung durchgeführte Untersuchung (OECD 1973) betont die Bedeutung von Lohnkontrollen auf der Grundlage langfristig etablierter Konsultations- und Aushandlungsverfahren zwischen den zentralen Interessenverbänden von Unternehmern und Arbeitern in der *Gemeinsamen Preis- und Lohnkommission* (19).

In ganz Europa hat sich am Ende der sechziger Jahre die Kampfkraft der Arbeiter stark erhöht, ebenso kam es zu einem Wachstum der Löhne. Nur in denjenigen Ländern, in denen ein weitgehender gesellschaftlicher Grundkonsens bestand und in den industriellen Beziehungen ein sehr günstiges Klima herrschte – oder die nicht von der allgemeinen wirtschaftlichen Expansion ergriffen wurden –, konnte es gelingen, solche Entwicklungen zu vermeiden.

Die in den verschiedenen europäischen Ländern gemachten wirtschaftspolitischen Erfahrungen unterscheiden sich vor allem im Hinblick auf die Entwicklung der industriellen Beziehungen und der Wirtschaftspolitik *nach* der Explosion von 1968-71, also in der Phase schnellen Wachstums und heftiger Inflation, die mit der Weltwirtschaftsrezession von 1975 ihr Ende fand. In keiner der europäischen Volkswirtschaften ist es wirtschaftspolitisch gelungen, in den zentralen Jahren des Zyklus – 1973 und 1974 – einen starken Preisanstieg aufgrund des weltweit synchronisierten Booms und der Preisexplosion der Rohstoffe zu vermeiden. In einigen Ländern gelang es immerhin, in diese Situation mit unterdurchschnittlichen Inflationsraten einzutreten und auch während der Jahre, in denen der Boom seinen Höhepunkt erreichte, bei einer unterdurchschnittlichen Wachstumsrate der Inflation zu bleiben

sowie die Inflation während der nachfolgenden Rezession sehr schnell wieder zu dämpfen. Dagegen ist die Preisentwicklung in anderen Ländern jeglicher Kontrolle entglitten, so daß sie sich gefährlich den in der Nachkriegszeit erreichten Rekordhöhen angenähert hat (20).

4. Die ‚Verwaltung der Arbeitslosigkeit‘ in der Weltwirtschaftsrezession

Wir werden im Weiteren die Rezession, die nach der ‚Ölkrise‘ die kapitalistische Welt betroffen hat, als unabhängige, unerklärte Variable im Rahmen der Zielsetzungen dieses Aufsatzes behandeln. Zuvor können wir hier nur noch in Erinnerung bringen, daß zwei Typen von Ursachen hinter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen:

Der *erste Typ* bezieht sich auf Fehlentwicklungen der internationalen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse: Mit einer bekannten marxistischen Formel könnten wir von wachsenden Widersprüchen zwischen den jetzt vollständig internationalisierten Produktivkräften und den national bornierten Methoden ihrer Kontrolle sprechen. In diesem Zusammenhang sind anzuführen:

- der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods (solange die USA die unbestrittenen ökonomischen und politische Suprematie besaßen, hatte sie diesen Widerspruch verborgen, indem sie eine effektive, wenn auch keineswegs ‚supranational‘ angelegte Form der Planung auf weltwirtschaftlicher Ebene durchsetzen konnte);
- die schnellen Veränderungen der *terms of trade*, durch die die einzelnen Länder vor die Notwendigkeit einer Anpassung der Handelsströme in unmöglich kurzen Zeiträumen gestellt wurden;
- die wachsenden Spannungen im internationalen Geldverkehr;
- die sehr geringe Leistungsfähigkeit regionaler Koordinationsverfahren (man denke etwa an die ‚egoistischen‘ Verhaltensweisen der EG-Länder).

Der *zweite Typ* interessiert uns hier mehr, da er sich auf Probleme bezieht, die im Inneren der verschiedenen Länder aufgetreten sind (21). Zu den Schwierigkeiten von Rigidität und Inflationsdruck infolge der Vollbeschäftigung trat jetzt der Zwang, das Wachstum des Konsums im Inland einzuschränken, damit der Transfer von Ressourcen möglich wurde, den die veränderten *terms of trade* erforderlich machten. Um beide Probleme lösen zu können, wählte man eine harte, kontinuierlich verfolgte restriktive Wirtschaftspolitik; denn durch eine deflationäre Politik konnten offensichtlich die zur Überwindung der unmittelbaren Zahlungsbilanzschwierigkeiten erforderlichen Ressourcen am schnellsten freigesetzt werden – selbst wenn in den meisten Ländern diese Ressourcen auch nicht durch eine Beschränkung des Konsums freigesetzt wurden, sondern durch ein Absinken der Investitionen – wodurch sich ja die Lage für die Zukunft verschlechterte. Ob allerdings diese Wirtschaftspolitik zu einem tiefergehenden Abbau der inflationären Spannungen geführt hat, ist ziemlich zweifelhaft. Das Tempo der Preis- und der Lohnsteigerungen hat sich zwar in den letzten beiden Jahren (22) überall verlangsamt; in einigen Ländern sind sogar die Reallöhne, öfter noch die real verfügbaren Einkommen großer Grup-

Tabelle 1: Indikatoren der relativen wirtschaftlichen Leistung (prozentuale Veränderungen von 1973 bis 1977)

	Arbeitslosenquote (a) Niveau von 1977	Veränderung 1973 - 1977	reale Inlands- nachfrage	Anstieg der Verbraucher- preise	Handelsbilanz- veränderun- gen (b)	kumulative Zahlungs- bilanz (c)	effektiver Wech- selkurs (d)
Norwegen	0,9	0,1	26,8	45,6	-7,0	-40,0	10,9
Schweden	1,8	-0,7	7,5	49,1	-3,3	-10,5	-2,0
Österreich	1,8	0,2	14,0	34,4	-3,0	-12,0	17,0
Frankreich	4,4*	2,5*	9,7	52,6	0,3	-4,5	-10,2
BRD	4,5	3,2	6,0	23,4	-0,4	4,2	18,0
Niederlande	5,4*	2,5*	8,8	40,3	-0,4	7,2	12,4
Belgien	5,5*	3,1*	7,2	49,2	0,1	2,0	4,5
Dänemark	7,7	5,3	2,2	52,2	1,6	-13,0	2,4
Großbritannien	5,8	3,1	-3,3	92,8	3,5	-6,7	-27,4
Italien	7,2	3,8	1,9	92,7	6,0	-6,0	-35,8

- a) Prozentsatz bezogen auf die abhängig Erwerbstätigen in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und in Norwegen. Die mit einem Stern versehenen Zahlenangaben (für Frankreich, die Niederlande und Belgien) beziehen sich auf 1976 bzw. auf die Differenz 1976-1973; außer in Holland, wo es zu einem leichten Rückgang kam, fand in diesen Ländern 1977 ein leichter weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit statt.
- b) Veränderung der Außenhandelsbilanz – in konstanten Preisen – als Prozentsatz des BSP von 1973
- c) Kumulative Zahlungsbilanz 1974 - 1977, als Prozentsatz des BSP von 1976
- d) OECD-Berechnung gewichteter Wechselkurse vom September 1977, bezogen auf den Durchschnitt von 1973

Quelle: OECD 1977 b; OECD 1978

pen von Arbeitnehmern gesunken. Zugleich besteht eine beispiellos hohe Arbeitslosigkeit und die Unzufriedenheit mit der ungleichen Verteilung der Lasten des wirtschaftlichen Anpassungsprozesses wächst. Damit sind die Aussichten hinsichtlich einer weiteren Kontrolle der Inflation im Fall eines kräftigeren Wirtschaftsaufschwunges alles andere als vielversprechend.

Sicherlich hat dieser Rückgriff auf das Mittel der Deflation zur Bewältigung der internen Probleme ‚übertriebener‘ Ansprüche und Rigiditäten als Multiplikator des ‚Ölschocks‘ gewirkt: Die eingetretene Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ist inzwischen weit mehr als Folge dieser gemeinsamen Politik der Industriestaaten zu begreifen, denn als Auswirkung des anhaltenden deflationären ‚Lochs‘ im Weltmarkt, das auf die unzureichende Absorptionsfähigkeit der ölexportierenden Länder zurückgeht. Gewiß ist allerdings, daß es selbst in den wenigen europäischen Ländern, die das Ziel der Vollbeschäftigung ernst genommen haben bzw. denen es gelungen ist, dieses Ziel auch zu erreichen, sehr schwierig sein wird, weiterhin die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Die folgende Übersicht macht deutlich, um wie wenige Länder es sich dabei nur noch handelt und wie anfällig die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung geworden ist. Wir haben die Länder einfach entsprechend dem Wachstum der Arbeitslosigkeit angeordnet (vgl. Tabelle 1) (23).

Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, was wir zeigen wollten:

Nur Norwegen, Österreich und Schweden ist es gelungen, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Österreich hat außerdem noch eine der niedrigsten Inflationsraten in Europa erzielt (darin nur noch von Deutschland und der Schweiz unterboten). Auch Norwegen und Schweden haben keineswegs für ihre Vollbeschäftigung mit einer Inflation in der Größenordnung Großbritanniens oder Italiens zahlen müssen; ihre Inflationsraten liegen in der Größenordnung des europäischen Durchschnitts. Die wirtschaftspolitischen Methoden, die Norwegen, Österreich und Schweden eingesetzt haben, um während einer Weltwirtschaftskrise ein solch bemerkenswert hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen, sind nicht dieselben gewesen – auch wenn sie in allen Fällen zu demselben Resultat, nämlich einer größeren Expansion der Inlandsnachfrage, geführt haben, als dies unter dem Gesichtspunkt der Zahlungsbilanzentwicklung ‚zulässig‘ war. Die größte Expansion fand in Norwegen statt, das in der Lage war, seine zukünftigen Einkünfte aus dem Nordseeöl als ‚Pfand‘ einzusetzen (vgl. Erichsen 1978). Österreich konnte sich auf eine größere Preisstabilität stützen und eine fluktuierende Reserve ausländischer Beschäftigter als Flexibilitätsreserve nutzen. Schweden benötigte ein umfangreiches Instrumentarium von Planungsmaßnahmen, um seine Industrie zu veranlassen, keine Arbeiter zu entlassen, entlassene Arbeiter wieder einzustellen sowie Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt einzugliedern.

In allen diesen Ländern führte die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus von Beschäftigung und Wirtschaftstätigkeit in einer Welt der Wirtschaftsrezession zu ein und demselben Problem: zu einem gefährlichen Anwachsen des Defizits der Zahlungsbilanz. Da es sich um kleine und offene Volkswirtschaften handelte und eine Politik der Importkontrolle sowohl von den Regierungen wie von den international geltenden Spielregeln ausgeschlossen wurde, konnte dieses Problem unmöglich vermieden werden.

Die bedrohliche Verschlechterung der Zahlungsbilanz wird schwerwiegende Auswirkungen haben – jedenfalls wenn sie dazu führt, daß das Ziel der Vollbeschäftigung aufgegeben wird. Denn diese Länder haben einen weiteren Zug gemeinsam, der sie der Arbeitslosigkeit gegenüber besonders empfindlich macht: Schweden, Österreich und Norwegen sind die drei europäischen Länder, in denen der institutionalisierte Klassenkompromiß von Kapital und Arbeit am weitesten entwickelt ist, auf der Grundlage hochgradig zentralisierter Verfahren für Aushandlungs- und Planungsprozesse zwischen den Interessengruppen. Das in jüngster Zeit erneuerte Interesse für den ‚Korporatismus‘ (24), dieses Mal in einer ‚demokratischen‘, ‚liberalen‘ oder auch ‚ausgehandelten‘ Version (vgl. Panitch 1977, Schmitter 1977, Kasten-diek 1980. – A.d.Ü.), macht sich an diesen Ländern – und nur an wenigen darüberhinaus – als Beispielen fest.

Nun ist es nicht schwer zu erkennen, daß Vollbeschäftigung und Sicherung der Arbeitnehmereinkommen – als zentrale Ziele der Hauptakteure des Systems, also der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei – in dem gesamten betrachteten Zeitraum die Hauptstützen der korporatistischen Strukturen gebildet haben. Wenn es zu einer wirklichen Arbeitslosigkeit käme, wäre ein Ausbrechen scharfer Verteilungskämpfe nur äußerst schwer zu verhindern, wo doch das ganze System auf der Möglichkeit beruht, solche Auseinandersetzungen zu vermeiden, zu dämpfen bzw. sie durch institutionalisierte Aushandlungsprozesse zu ersetzen. Die norwegischen, österreichischen und schwedischen Erfahrungen sind zwar politisch interessant, ihre Basis ist aber sehr schmal: Alle anderen europäischen Länder haben angesichts der ‚Sachzwänge‘ der Zahlungsbilanz, wie sie 1974 auftraten, das Ziel der Vollbeschäftigung aufgegeben (25).

Der Kampf gegen die Inflation ist inzwischen – in Großbritannien und in Italien ganz offen, aber auch weniger offen in anderen Ländern – in einen Kampf um Reallöhne und Beschäftigung übergegangen: die Entwicklung von Produktivität und Stückkosten hängt davon ab, wieweit die Unternehmen dazu in der Lage sind, ‚überschüssige‘ Arbeitskräfte zu entlassen; andererseits findet sich nach dem Schwinden der Geldillusion das Wachstum der Geldlöhne engstens mit der Entwicklung der Konsumgüterpreise verkoppelt, so daß Preisindexklauseln jetzt zu einem zentralen Thema der Tarifauseinandersetzungen werden (26). Vor diesem Hintergrund ist es gut zu begreifen, warum sich in jüngster Zeit Preisindexierungsvereinbarungen ausgebreitet haben, wenn es auch in dieser Beziehung – wahrscheinlich ja nach der Stärke der Arbeiterbewegung innerhalb des jeweiligen politischen Systems – sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gibt. Nur in ganz wenigen Ländern ist es den Gewerkschaften gelungen, einen wirklich umfassenden, automatisch einsetzenden Schutz vor Reallohnkürzungen durch Preissteigerungen durchzusetzen. In einigen dieser Länder (etwa in Italien oder in den Niederlanden) richteten sich heftige Angriffe eben gegen diese Indexierung, indem man sie als Hauptursache der Inflation anprangert, so daß die Gewerkschaften mit aller Macht kämpfen müssen, um sie zu halten (27). In den meisten Ländern sind die geltenden Regelungen ziemlich flexibel; sie beschränken sich teilweise auf die bloße Verteidigung einkommensschwacher Schichten der Lohnabhängigen, zum Teil sind in ihnen auch nur Neuer-

handlungen für den Fall vorgesehen, daß es zu außergewöhnlichen Preissteigerungen kommt. In Großbritannien, neuerdings auch in Italien hat es in der Presse heftige Diskussionen über Versuche zur Steigerung der Produktivität durch Entlassungen gegeben, im Zusammenhang mit Widerstandsaktionen der betrieblichen Basis sowie mit dem Vorgehen der Gewerkschaften gegen Entlassungen ‚aus wirtschaftlichen Gründen‘. Allerdings fällt es gerade auf diesem Gebiet schwer, tragfähige internationale Vergleiche anzustellen.

Wenn es zutrifft, daß in den meisten europäischen Ländern auf den Griff zu dem hauptsächlichsten Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit in einer entwickelten Volkswirtschaft verzichtet worden ist, also keine Ausweitung der effektiven Nachfrage erfolgt ist, so stehen wir vor der Frage, wie sonst die Regierungen auf das noch nie dagewesene Niveau der Arbeitslosigkeit reagiert haben, das seit 1974 besteht. Allgemein können wir dazu sagen, daß ihre Reaktionen im Wesentlichen *ad hoc* erfolgt sind: einerseits, um die Last für einige von Arbeitslosigkeit und Inflation besonders stark betroffene Kategorien zu lindern, andererseits, um die Zeit des „Warten(s) auf Godot“ zu verbringen – der hier als ein baldiger Aufschwung des Welthandels vorzustellen ist. Unterschiedliche administrative und institutionelle Traditionen haben in dieser Beziehung für große Unterschiede zwischen den betreffenden Ländern gesorgt; allein die Ähnlichkeit der grundlegenden wirtschaftlichen Situation und die allgemeine Neigung, lieber an den Symptomen zu kurieren als die Krankheit selbst zu heilen, haben gewisse Gleichförmigkeiten zur Folge gehabt.

5. Krisenmanagement zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation

In den westeuropäischen Ländern gibt es, insgesamt gesehen, eine gewisse Übereinstimmung unter den vorherrschenden ideologischen Tendenzen im Sinne eines *Neo-Laissez-Faire*. Allerdings stehen sie in vielen Ländern in eigentümlichem Gegensatz zu der sich tatsächlich vollziehenden Entwicklung einer Ausweitung der Staatsfunktionen.

Derartige, gegen öffentliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess sowie gegen den Sozialstaat gerichtete Tendenzen, waren schon vor Beginn der Rezession dabei sich auszubreiten. Das Zusammentreffen von Inflation und Rezession hat dann, aufgrund der damit verbundenen Bedrohung des Wachstums der verfügbaren Einkommen, eine Reaktion hervorgerufen, die den privaten Konsum verteidigen soll: Dementsprechend werden Ausgaben der öffentlichen Hand als ein Luxus betrachtet, werden Umverteilungsmaßnahmen und Transferzahlungen mißtrauischer als bisher durchleuchtet und als hoch empfundene Steuern an empfindlichen Stellen gekürzt. In demselben Moment, in dem dieser Trend einsetzt, wuchs aber auch das Erfordernis, neue Ressourcen für den Staat zu erschließen; dem lag die politische Notwendigkeit zugrunde, die politischen Folgen von Arbeitslosigkeit und Inflation bekämpfen zu müssen. Dabei ist es nicht sonderlich überraschend, daß sich diese neuen Verteilungskämpfe teilweise der alten ideologischen Formen des *Laissez-Faire* und der

Staatsverdrossenheit bedient haben (29). Das tatsächliche Geschehen sieht allerdings, wie schon gesagt, ganz anders aus: Alle Maßnahmen zur Abschwächung der Auswirkungen von Rezession und Inflation wirken im Sinne einer Ausweitung der Sphäre staatlicher Eingriffe in den ökonomischen und sozialen Lebensprozeß.

Dementsprechend ist überall die Arbeitslosenunterstützung erhöht und so weit verlängert worden, daß sie jetzt meist für ein Jahr oder länger gewährt wird. Ihre Gewährung fungiert allerdings nur als äußerstes Mittel, während meist schon in vorgelagerten Phasen des Freisetzungsprozesses Staatseingriffe erfolgen – etwa, indem versucht wird, das Auftreten von Arbeitslosigkeit durch eine finanzielle Unterstützung schwacher Unternehmen zu vermeiden. Das vollzieht sich sowohl in Gestalt von *Ad-hoc*-Maßnahmen als auch im Zusammenhang mit Ansätzen globaler Planung, deren Weiterverfolgung faktisch, wenn auch nicht *de jure*, bis zur Verstaatlichung einer schwachen Firma oder sogar einer ganzen Branche führen kann.

Der Bereich der *Industriepolitik* als Gegenstand immer umfassenderer staatlicher Eingriffe wird damit zunehmend zu einer der kritischsten Zonen in den Beziehungen zwischen Staat, Kapital und Lohnarbeit, gewissermaßen als Schnittpunkt der unterschiedlichsten Interessenrichtungen. Für die *Gewerkschaften* geht es in der Industriepolitik um die Sicherung der Arbeitsplätze, also um einen neuralgischen Punkt in dem Vertrauensverhältnis zwischen Gewerkschaftsführung und Mitgliederbasis. Dementsprechend kann eine Teilnahme der Gewerkschaften an der Erarbeitung von Entlassungs- und Wiederbeschäftigungskonzeptionen – und eben darum geht es doch letztlich, wenn man die Gewerkschaften zu dreiseitigen Konsultationen über Fragen der Industriepolitik heranzieht – nur unter besonders günstigen Voraussetzungen erreicht werden: nur wenn es ein gefestigtes, wechselseitiges Vertrauensverhältnis gibt zwischen Gewerkschaften und Regierung – wenn nicht gar auch noch unter Einschluß der Unternehmerverbände – und wenn hinreichend wirksame Qualifizierungs- und Wiedereinstellungsregelungen existieren, damit keine ablehnenden Reaktionen seitens der Gewerkschaftsmitglieder provoziert werden. Für die *Unternehmer* liegt das Problem der Industriepolitik darin, für ihre privat verfügbaren Investitionsvorhaben staatliche Hilfen zu erhalten und sich die Unterstützung der Gewerkschaften zu sichern. Dem *Staat* schließlich geht es auf diesem Gebiet darum, die ‚Sozialpartner‘ im Sinne gesellschaftspolitisch vorrangiger Zielvorgaben zu steuern, die je nach Land unterschiedlich gelagert sein können: Es kann sich um Ziele der Regional- und der Beschäftigungspolitik handeln oder auch um die Ziele der Durchsetzung hochentwickelter Technologie oder der Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Maßstab.

Der Grad, in dem die europäischen Länder wirklich eine Industriepolitik besitzen, ist eben so unterschiedlich, wie die Ziele, die sie dabei wirklich verfolgen (30). In den stärkeren Volkswirtschaften erklärt man wie sonst auch den Prinzipien einer *Laissez-faire*-Politik seine Treue: Man könne den Umfang der Investitionen und der Beschäftigung nur erhöhen, indem man ein soziales Klima schaffe, das die Profite begünstige. Der Staat könne dabei höchstens eingreifen, indem er Steuererleichterungen für Spartätigkeit und Investitionen gewährt. Eine solche Argumentation entspricht in der Bundesrepublik weitgehend der Wirklichkeit; man kann ja wohl durch-

aus mit Recht bestreiten, daß die Bundesrepublik überhaupt eine Industriepolitik besitzt. Demgegenüber ist etwa die jüngst erfolgte Bekehrung Frankreichs zu diesen Prinzipien, die unter Barre herbeigeführt wurde, angesichts der französischen Tradition von Staatseingriffen zugunsten der Industrie noch mit etlichen Zweifeln zu betrachten (31). In vielen anderen Ländern wird dagegen ganz offen eine Politik des Staatseingriffs auf diesem Feld verfolgt bzw. das Prinzip der dreiseitigen Konsultation zwischen Staat, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften angewandt. Die britische ‚Industriestrategie‘ (wie die Labour-Regierung ihre Politik der Staatseingriffe in die Industrieentwicklung genannt hat) ist wohl das beste Beispiel dafür. Aber auch in Belgien, in Holland und in Italien sehen die neuen Vorschriften für das Verfahren bei ‚industriellen Umstrukturierungen‘ eine Konsultation der Gewerkschaften im Zuge der sektoralen Planung vor. Die Schwierigkeit bei diesen Ansätzen liegt darin, die Tragweite solcher Staatseingriffe zu bestimmen und insbesondere darin, festzustellen, ob sie zu irgend etwas anderem führen können als zu einem ‚warmen Regen‘ von Subventionen besonders für die ‚traditionelleren‘ und schwächeren Branchen. Die Vorschriften etwa des italienischen ‚Plans für die Umstrukturierung der Industrie‘ von 1977 sind so weitmaschig gefaßt, daß sie ein derartiges, unter allen anderen Gesichtspunkten wahrscheinliches Ergebnis nicht werden verhindern können. Das niederländische Gesetz sieht ausdrücklich vor, daß staatliche Subventionen an Unternehmen und an Lohnabhängige vergeben werden können, um die Auswirkungen des Verlustes traditioneller Industrien an weniger entwickelte Länder weniger schmerzlich spürbar zu machen. Darin liegt ein durchaus lobenswerter politischer Ansatz, wenn auch in den ersten Fällen seine praktische Anwendung noch sehr zurückhaltend gehandhabt worden ist.

Da sich aber hier mächtige Interessen bei ehrgeizigen Vorhaben entgegenstehen und da angesichts von Arbeitslosigkeit und Rezession insgesamt die Begeisterung für tiefgreifende Veränderungen im Schwinden begriffen ist, besteht eine durchaus reale Gefahr, daß aus der ‚Industriepolitik‘ schließlich nur eine neue Gestalt eines ungezielten Protektionismus herauskommt – oder gar nur eine neue Bezeichnung dafür.

Bis hierher haben wir die Problematik einer Industriepolitik – vielleicht etwas zu pessimistisch – unter dem Gesichtspunkt einer Verteidigung der bestehenden Arbeitsplätze betrachtet. Nun gibt es allerdings gegenwärtig – aufgrund der Beschränktheit der Rezession und infolge staatlicher Eingriffe zur Milderung ihrer Auswirkungen – für die primären Arbeitskräfte, d.h. die männlichen Haushaltungsvorstände, die zu den mittleren Altersgruppen gehören und keine Ausländer sind, noch kein wirkliches Problem von Arbeitslosigkeit (32). Die Hauptlast der Arbeitslosigkeit lastet heute noch auf den ausländischen Arbeitskräften sowie auf den Jugendlichen, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Dabei wird gegenwärtig zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine ganze Reihe von Maßnahmen eingesetzt, die der Hauptsache nach auf die staatliche Subventionierung einer zeitlich begrenzten Beschäftigung in privaten Unternehmen hinauslaufen, mit oder ohne ein flankierendes Programm berufsbildender Maßnahmen, sowie auf eine zeitlich begrenzte Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Ausländischen Arbeitskräften wird demgegenüber von

fast allen Einwanderungsländern die Rückkehr in ihr Ursprungsland nahegelegt. In einigen Ländern sind auch Maßnahmen ergriffen worden, um eine Frühverrentung zu fördern bzw. um den Eintritt neuer Generationen in den Arbeitsmarkt hinauszuzögern. Im großen und ganzen liegt das Schwergewicht der Beschäftigungspolitik auf der Verringerung der Erwerbsquote, so daß man bei dem geraden Gegenteil der noch vor wenigen Jahren verfolgten Politik angekommen ist (32).

Die meisten europäischen Gewerkschaften vertreten ziemlich weitgehende Programme der Arbeitszeitverkürzung und der Arbeitsstreckung. Dabei liegen die Schwierigkeiten nicht so sehr auf technischer Ebene wie auf der politischen Bedingungen: Damit solche Vorhaben nicht zu Kostensteigerungen und Konkurrenzschäden für die Industrie führen, muß es gelingen, zwischen den sich bietenden alternativen Möglichkeiten, nämlich einerseits, die Beschäftigung konstant zu halten und gegebenenfalls die Arbeitszeit zu verlängern, sowie andererseits, die Arbeitszeit konstant zu halten und gegebenenfalls die Beschäftigung auszuweiten, ein Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Das geht aber nur, wenn sich die Arbeitskosten streng parallel zur Länge der Arbeitszeit verhalten und wenn die Beschäftigung eine ebenso große Flexibilität hinsichtlich der Reaktion auf Veränderungen in den ökonomischen Bedingungen besäße, wie das gegenwärtig bei der Arbeitszeit der Fall ist. Beide Bedingungen sind an sich schon schwer zu verwirklichen, in ihnen liegt auch eine Quelle beständiger Gegensätze zwischen Lohnarbeit und Kapital. So sehr sich auch die Gewerkschaften um die Schaffung neuer Arbeitsplätze kümmern, bleibt doch ihre grundlegende Verantwortung gegenüber ihren – bereits beschäftigten – Mitgliedern bestehen, für die ein Einkommensverzicht (oder ein Verzicht auf eine sonst mögliche Einkommenssteigerung) als Gegenleistung für eine Arbeitszeitverkürzung unzumutbar sein kann. Andererseits verhalten sich die Unternehmer ablehnend gegenüber jeder Ausweitung der Beschäftigung, selbst wenn die stündliche Produktivität auch bei reduzierter Arbeitszeit konstant zu halten wäre. Gründe dafür liegen *erstens* darin, daß sich die Arbeitskosten keineswegs proportional zu den geleisteten Arbeitsstunden verhalten – z. T. hängen sie auch direkt von der Anzahl der Beschäftigten ab – ; *zweitens* – und das ist noch wichtiger – befürchten die ‚Arbeitgeber‘, eine Ausweitung der betrieblichen Beschäftigung werde verstärkte Inflexibilitäten im Falle von Marktschwankungen nach sich ziehen. Deswegen ist man in den meisten europäischen Ländern noch weit davon entfernt, in dieser Frage eine Übereinstimmung zwischen den unterschiedlichen Interessen und Standpunkten zu erreichen.

Auch auf dem Gebiet der Einkommenssicherung bzw. der Umverteilungspolitik hat sich in jüngster Zeit eine Ausweitung der Staatseingriffe vollzogen, aus durchaus verständlichen Gründen: Manche Transferzahlungen hängen unmittelbar mit der Arbeitslosigkeit zusammen, so etwa die Arbeitslosenunterstützung; andere Staatsausgaben stehen in Zusammenhang mit politischen Strategien, die die Regierungen gegenüber der Arbeitslosigkeit verfolgen. So steht z. B. die Zahlung finanzieller Anreize zur Verringerung der Erwerbsquote (etwa in Form günstigerer Bedingungen für eine Frühverrentung, Stipendien für längere Ausbildungszeiten usw.) in engem Zusammenhang mit dem Problem der Arbeitslosigkeit. Ein solcher Zusammenhang stellt

sich aber auch noch auf einer allgemeineren Ebene her: Da der Familienhaushalt die Grundeinheit für Einkünfte und Ausgaben bildet, wirken alle Transferzahlungen, die – aus welchem Grund auch immer, ob es sich um Renten, Familienzuschläge oder Krankengelder handelt – an Familien geleistet werden im Sinne einer Erhöhung des Familieneinkommens in Zeiten, in denen die Beschäftigungsmöglichkeiten für die ‚schwächeren‘ Familienmitglieder gering sind. Derartige Transferzahlungen sind inzwischen zu der Kategorie von Staatsausgaben geworden, die am zweitschnellsten wächst – darin nur noch übertroffen von den Transferzahlungen an Unternehmen, die z. T. dieselbe Funktion einer Abschwächung der Arbeitslosigkeit erfüllen (34).

Neben den Problemen von Arbeitslosigkeit und allgemeiner Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen ist die Notwendigkeit, die unteren Einkommensgruppen vor der Inflation zu schützen, ein weiterer wichtiger Faktor der Ausweitung der Transferzahlungen an einzelne. Überall sind die Renten erhöht worden, woran sich oft noch die Einrichtung eines Mechanismus der automatischen Rentenanpassung angeschlossen hat – was dann wiederum, etwa in Italien, zu ernsthaften Haushaltsproblemen führte. In vielen Ländern hat man Mechanismen der Preiskontrolle für einige Konsumgüter und einige elementare Dienstleistungen eingeführt; zugleich hat sich aufgrund der sich beschleunigenden Inflation die Tendenz zur Einführung zeitlich begrenzter allgemeiner Lohnstopps sowie zur Schaffung selektiverer, längerfristig wirksamer Kontroll- und Subventionierungsmechanismen verstärkt (35).

Die genannten Fragen von politischen Strategien zur Einkommenssicherung und Einkommensumverteilung einerseits sowie von politischen Maßnahmen zur Verteidigung der Arbeitnehmer mit niedrigen Löhnen (bzw. der Familien mit niedrigem Einkommen) vor der Inflation andererseits bilden ein wichtiges Feld für Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Regierung. Fast überall haben die großen Gewerkschaften eine Ausweitung solcher politischen Strategien und Maßnahmen unterstützt, die ihnen als Gegenleistung für Zurückhaltung bei den Lohnverhandlungen angeboten wurde. Gegenwärtig wird die Situation in dieser Beziehung aber zunehmend schwieriger: Die aufgelaufene Rechnung ist sehr hoch geworden und sie wird den Lohnabhängigen – in Gestalt von Erhöhungen der direkten Steuern aufgrund der Steuerprogression – jetzt unmittelbar präsentiert. So haben sich, um nicht nur von Großbritannien und den nordischen Ländern zu sprechen, etwa in Italien die direkten Steuerabzüge von den Einkommen der ‚Handarbeiter‘ inzwischen zu einem ernsthaften Problem für die Gewerkschaften entwickelt. Dementsprechend halten sich die Gewerkschaften in ihrer Unterstützung für derartige Transferzahlungen jetzt eher zurück – schließlich kommen sie nicht der unmittelbaren Gewerkschaftsbasis zugute.

Der Frage ‚Wer soll das bezahlen?‘ wird in dreiseitigen Verhandlungen sowie in Konsultationen zwischen Regierungen und Gewerkschaften immer mehr Gewicht eingeräumt; damit wird auch das Thema der direkten Steuern und des verfügbaren Einkommens in Tarifverhandlungen immer wichtiger. Recht häufig werden von Regierungen jetzt Steuerermäßigungen als Gegenleistung für Lohnzurückhaltung angeboten. Das bedeutet allerdings wachsende Schwierigkeiten der Finanzierung der öffentlichen Ausgaben bzw. eine wachsende Inflexibilität auf der Einkommenseite

der Staatshaushalte und damit beständig zunehmende Schwierigkeiten für eine politische Vermittlung von Verteilungskämpfen.

6. Die Wirtschaftskrise und die Gewerkschaften

Inflation und Rezession haben in jüngster Zeit tiefgehend auf die Entwicklung der industriellen Beziehungen eingewirkt; das gilt besonders für die Verhandlungen zwischen den Tarifparteien. Die bisher erörterten Maßnahmen sind zum größten Teil Gegenstand derartiger Verhandlungen gewesen, ob in Form eigentlicher Tarifverhandlungen oder ob im institutionellen Rahmen offizieller Zusammenkünfte zwischen Regierung und Gewerkschaften bzw. zwischen Unternehmerverbänden, Regierung und Gewerkschaften. Indexierungsmechanismen etwa sind des öfteren in normalen Tarifverhandlungen zwischen den größeren Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden eingerichtet worden – falls sie nicht auf eine gesetzliche Erhöhung des Mindestlohnes beschränkt oder aber durch gesetzliche Regelungen bzw. durch die Rechtsprechung verboten sind wie in Frankreich oder in Deutschland. Immer mehr werden auch Regierungspolitiken gegenüber der Arbeitslosigkeit – wie politische Strategien zur Einkommenssicherung durch Transferzahlungen sowie durch Steuererleichterungen oder wie allgemeinere Fragen der Wirtschaftspolitik – zum Gegenstand von mehr als einem bloßen Informationsaustausch zwischen Regierung und Interessengruppen.

Solche Regierungspolitiken werden inhaltlich in umfassenden ‚Paketabsprachen‘ festgelegt, die als Gegenleistung dann unvermeidlich auch Lohnzurückhaltung verlangen. Allein schon aus der Art von Instanzen, die an solchen Absprachen beteiligt sind, zuzüglich des besonderen Charakters des Staates als einer der Teilnehmer, erklären sich denn auch die Zentralisierungstendenzen, die die Systeme der industriellen Beziehungen in vielen europäischen Ländern aufweisen.

In einigen Ländern tritt aber auch eine gegenläufige Tendenz in Richtung auf eine relative Stärkung der unteren Ebene der Tarifverhandlungen hervor: zum ersten spielen in einigen Ländern Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsspitzen und Regierung bzw. Unternehmerverbänden keine wichtige Rolle; in ihnen sind vielmehr vor allem lokale Tarifverhandlungen und -kämpfe von entscheidender Bedeutung. Ein typisches Beispiel dafür stellt Frankreich dar, während Italien – zumindest bis 1976 – gleichzeitig auf beiden Registern zu spielen scheint, in Gestalt vieler Konsultationen auf Regierungsebene bzw. bedeutender Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien auf höchster Ebene, begleitet von vielerlei Tarifvereinbarungen auf Branchenebene oder im betrieblichen Bereich. So sehr es im übrigen zutrifft, daß in einer Situation des Wirtschaftsrückgangs Lohnerhöhungen schwieriger durchzusetzen sind, gilt aber auch, daß die spezifischen, etwa lokalen Bedingungen sich sehr weitgehend unterscheiden – wodurch wiederum der Spielraum für Aushandlungsprozesse an der Basis vergrößert wird. Das ergibt sich in besonderem Maße, wenn Vereinbarungen in nationalem Maßstab bzw. im Maßstab der betreffenden Branche eher bescheidene Ergebnisse erbracht haben. Darüberhinaus ist auch noch festzu-

stellen, daß es manchmal die Führungsspitzen von Unternehmerverbänden oder Gewerkschaften selbst sind, die den Abschluß von Tarifvereinbarungen auf unteren Ebenen betreiben, etwa wenn auf nationaler Ebene keine Einigung erzielt werden konnte. In der Weise, wie in den Niederlanden die zentralen Verhandlungen über eine Indexierungsklausel gescheitert sind, trat das dann auch in Belgien ein, als 1975 die Laufzeit der vorherigen Vereinbarung abgelaufen war. In beiden Fällen zog dies Kämpfe und Tarifvereinbarungen auf unterer Ebene nach sich. In viel selteneren Fällen erfolgt in einer solchen Lage ein Staatseingriff, wie etwa im Frühling 1977 in Dänemark, wo eine vom Unternehmerverband nicht übernommene Kompromißlösung dann per Gesetz in Kraft gesetzt wurde.

Tarifverhandlungen bzw. vergleichbare Aushandlungsprozesse auf zentraler Ebene sind in jüngster Zeit in vielfältigen Gestalten geführt worden. Hier können wir uns nicht auf eine Analyse ihrer institutionellen Feinheiten und spezifischen politischen Hintergründe einlassen (36). In jedem Fall ist dabei – ganz gleich wie die institutionellen Regelungen auch im einzelnen aussehen mögen – die Regierung mit im Spiel. Wo sie nicht offen als Mitspieler auftritt, nimmt sie hinter der Bühne am Spiel teil: Manchmal erscheint sie wie ein *deus ex machina* mit einer Steuersenkung, um einen heiklen Punkt in den Verhandlungen zwischen den Tarifparteien auszuräumen, oder sie macht andere Zugeständnisse an die hauptsächlichen Verhandlungsteilnehmer. Das ist aus ihrer Perspektive auch alles andere als abwegig – angesichts des gesellschaftlichen Gewichts der bei Verhandlungen auf höchster Ebene beteiligten Instanzen und angesichts ihrer konkreten Bedeutung für Wirtschaftspolitik und Konsensbeschaffung.

Zwei weitere Züge der in jüngster Zeit erfolgten Ausweitung der Regierungseingriffe in die Politik der Interessenverbände sind dagegen nicht vergleichbar naheliegend und verdienen daher eine gründlichere Analyse:

Erstens ist es auffällig, daß es keine zwangsweise Regulierung von Löhnen und Einkommen gibt, während sich zugleich offensichtlich die Gegenstände von Verhandlungen zwischen den Tarifparteien in Bereiche ausdehnen, die zum traditionellen Zuständigkeitsbereich von Regierungen gehören. Im Gegensatz zu früher gibt es – gegenüber der gewachsenen politischen Bedeutung der Inflation – nur wenige Fälle einer gesetzlich verbindlich gemachten Einkommenspolitik oder überhaupt von ‚harten‘ Staatseingriffen auf dem Feld der Einkommenspolitik. Im Großen und Ganzen ist eine Politik der Lohnzurückhaltung Ergebnis einer freiwilligen Autoritätsausübung seitens der Gewerkschaften, als Gegenleistung für Zugeständnisse von Seiten des Staates oder der Unternehmer. Eben aufgrund dieser Tatsache hat sich aber auch ausdrücklich die Reichweite von Verhandlungen zwischen den Tarifparteien auf Inhalte ausgedehnt, die tief im klassischen Ermessensbereich der Regierungen liegen, etwa auf Fragen der Steuer- oder Sozialpolitik, der Beschäftigungs- oder Industriepolitik. Trotz der enormen Ausweitung der finanziellen Ressourcen, des Aktionsradius und der Regulierungsinstrumente, über die der Staat verfügen kann – und z. T. sogar eben wegen dieser Ausweitung – ist also der Staat zunehmend zum Schlachtfeld der Interessengruppen geworden. Daher ist er sehr oft gezwungen, selbst seine Handlungsfreiheit durch vorgelagerte Vereinbarungen mit

den wichtigsten privaten Vereinigungen einzuschränken. Damit scheint die ursprüngliche Legitimation der politischen Gewalt des Staates im unmittelbaren Rückgriff auf die Zustimmung der Staatsbürger in einigen Ländern bis auf ein Minimum reduziert zu sein, worin allerdings noch beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern bestehen (37).

Als *zweiter Grundzug* hat sich in den in verschiedenen Ländern in jüngster Zeit gemachten Erfahrungen der hier hervorzuhebende Umstand herausgeschält, daß normalerweise der staatliche Partner bei dreiseitigen Verhandlungen von einer sozialdemokratischen Regierung gestellt wird bzw. einer Koalitionsregierung unter Beteiligung von Parteien, die eng mit den Gewerkschaften verbunden sind. Das ist zwar noch keine notwendige Bedingung für das Zustandekommen derartiger Vereinbarungen, es hat aber sicherlich dazu beigetragen, daß Gewerkschaften überhaupt zur Teilnahme an solchen, quasi tarifvertraglichen Verhandlungen auf der Ebene der Verbandsspitzen zu bewegen, in denen von ihnen als ihr spezifischer Beitrag Lohnzurückhaltung erwartet wird. Gewerkschaften und ihnen verbundene Parteien, als Erben der alten Arbeiterbewegung, stehen damit heute an der vordersten Front eines kapitalistischen Krisenmanagements, das sich denselben Zwängen unterwerfen und das dieselben Stabilisierungsziele verfolgen muß, wie es unter einer konservativen Regierung geschähe. Gewiß ist so etwas nicht vollkommen neu; vom Ende des Ersten Weltkrieges bis heute ließen sich eine ganze Reihe von Beispielen für ähnliche Situationen finden. Die entscheidende Differenz aber liegt darin, daß eine solche Situation noch niemals in einem vergleichbaren Maßstab und in so vielen Ländern gleichzeitig aufgetreten ist.

Der Frage nachzugehen, was denn wohl die Führungsspitzen der Gewerkschaften bzw. von sozialdemokratischen Parteien – oder auch Labour-Parteien oder kommunistischen Parteien – dazu veranlaßt hat, sich überhaupt auf solch ein unpopuläres und riskantes Unterfangen einzulassen, würde uns zu Problemstellungen führen, die wir hier nicht nach allen Seiten verfolgen können. Wir müssen uns hier darauf beschränken, wenigstens eine Seite dieses Problemkomplexes kurz zu erörtern: Stärke und Einfluß der Gewerkschaften als Organisationen haben einen Punkt erreicht, an dem ihr ‚offizieller‘, formeller Status als private Vereinigungen, die als Vertretung der ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder auf dem Markt fungieren, einfach nicht mehr der Rolle entspricht, die sie in Wirklichkeit spielen – besonders in einer Situation, in der Regierungen das Ziel der Vollbeschäftigung ernsthaft verfolgen. Zwar kann ohnehin nicht geleugnet werden, daß die meisten europäischen Gewerkschaften noch nie so richtig diesem – ‚pluralistischen‘ – Modell entsprochen haben. Jetzt haben sie aber dessen Grenzen vollständig gesprengt. Sie sind Organisationen von öffentlicher Bedeutung geworden, deren Handeln ausschlaggebendes Gewicht für den Gang der Wirtschaftspolitik zukommt. In den Ländern, in denen die erforderlichen günstigen Bedingungen dafür vorliegen, hat man diese Veränderung auch offiziell anerkannt. Als Ergebnis der damit gemachten Erfahrungen hat sich gezeigt, daß sich ganz offensichtlich verschiedene Formen eines ‚Aushandlungskorporatismus‘ gut zur Steuerung entwickelter kapitalistischer Wirtschaftssysteme eignen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre haben dann auch in Ländern, in

denen keine so günstigen Bedingungen vorlagen – etwa in Großbritannien oder in Italien – , einen entsprechenden Entwicklungsprozeß beschleunigt.

Die unmittelbaren Ursachen einer solchen Umgestaltung liegen auf der Hand: Die Gewerkschaftsführungen – und mehr noch die Parteispitzen – haben einigen Grund zu der Befürchtung, durch ein hartes und kompromißloses Auftreten im Ergebnis allein eine Beschleunigung der Inflation oder einen Anstieg der Arbeitslosigkeit erreichen zu können. Damit wäre dann ein Prozeß in Gang gesetzt, an dessen Ende in durchaus realistischer Weise ein Abbau der gegenwärtigen Machtpositionen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien drohen würde. Einige der ‚historischen Führer‘ der Arbeiterbewegung haben ja durchaus noch vor Augen, bis wohin eine wirkliche kapitalistische ‚Reinigungskrise‘ – wie die der zwanziger und dreißiger Jahre – uns führen könnte.

Darüberhinaus hat eine Haltung seit dem Zweiten Weltkrieg in der europäischen Arbeiterbewegung eine breite Basis gefunden, die sich innerhalb des Horizonts des kapitalistischen Systems einrichtet (39). Nachdem die Gewerkschaften sich also die ‚kapitalistischen Spielregeln‘ angeeignet haben, kann es, angesichts des Rückgangs der auf dem ‚ökonomischen Markt‘ erzielbaren Ergebnisse in Zeiten der Krise, nicht weiter verwundern, daß sie versuchen, jede Gelegenheit voll auszunutzen, die sich ihnen auf dem ‚politischen Markt‘ (Pizzorno 1964) bietet, auf dem sie immer noch über ein ganz beträchtliches Gewicht verfügen. Denn wenn eine aus der Sicht der Gewerkschaften ‚befreundete‘ Regierung an der Macht ist, besteht zumindest eine Möglichkeit, daß nicht gezielt Maßnahmen ergriffen werden, um die Gewerkschaften zu schwächen, und besteht die reelle Aussicht, Gegenleistungen für eine Dämpfung des Lohndrucks zu erhalten. Selbst in einer rezessiven Wirtschaftslage gibt es ja noch gewisse Möglichkeiten für Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Arbeiterklasse, die – jedenfalls abstrakt gesehen – sowohl mit den grundlegenden Prinzipien der kapitalistischen Ökonomie als auch mit der aktuell verringerten Menge von verfügbaren Ressourcen vereinbar wären. Darüberhinaus sind in einer solchen Situation auch noch Maßnahmen möglich, die nichts an wirtschaftlichen Ressourcen kosten und doch dazu beitragen, die Position der Gewerkschaftsführungen gegenüber den Unternehmern – oder auch gegenüber ihrer eigenen Basis – zu stärken (40).

Es wird in Bezug auf die neuen Mitglieder des Kreises der Länder mit einer korporatistischen Politik, also in Bezug auf Großbritannien ebenso wie in Bezug auf Italien, das noch weitgehend außerhalb dieses Kreises steht, äußerst schwierig sein, eine Antwort auf die Frage zu finden, woher der Spielraum für mögliche Gegenleistungen genommen werden soll (41). In Italien jedenfalls hat die Kommunistische Partei alle Vorschläge in der Richtung von Importkontrollen als ‚Autarkievorstellungen‘ – und das heißt als faschistoid – angegriffen, und sie hat gegenüber einer weitergehenden Verstaatlichung der Industrie eine höchstens lauwarm befürwortende Haltung eingenommen. In Großbritannien ebenso wie in Italien sind sich die maßgeblichen Kräfte der Linken – d.h. diejenigen, die ihrer an Politik auf Regierungs- und Parlamentsebene beteiligten Mehrheit angehören – in der Überzeugung einig, der einzig gangbare Weg aus der gegenwärtigen Rezession führe darüber, einen

Spielraum für Investitionen zu schaffen, ohne die Inflation zu verschärfen (also Lohnzurückhaltung und Einschränkung der Staatsausgaben) sowie ein für die ‚Privatinitiative‘ günstiges Klima zu fördern (also Profitbegünstigung, steuerliche Erleichterung für Investitionen sowie Gewährleistung eines politischen Klimas, das mögliche Investoren nicht ‚abschreckt‘). Nun ist es aber leicht zu begreifen, daß unter derartigen Umständen den Gewerkschaften kaum noch substantielle Gegenleistungen für ihr Entgegenkommen geboten werden können. Und man muß noch hinzunehmen, daß in beiden Ländern die Situation der öffentlichen Haushalte ausgesprochen angespannt ist; in Italien noch weit mehr als in Großbritannien. Daher sind weitergehende Umverteilungsmaßnahmen praktisch vollkommen ausgeschlossen; allein schon, daß es bisher zu keiner Senkung des Lohnniveaus gekommen ist, muß als bemerkenswerter Erfolg betrachtet werden.

So sehr also auch derartige Maßnahmen bei abstrakter Betrachtung mit der Funktionsweise einer kapitalistischen Wirtschaft und eines demokratischen politischen Systems vereinbar sein mögen, so ist es praktisch alles andere als leicht, weitergehende Verbesserungen der Einkommensverteilung oder der politischen Machtverhältnisse von einer solchen Bedeutung zu finden, daß sie von der aktiven Basis der Arbeiterbewegung als Gegenleistung für Lohnzurückhaltung akzeptiert werden könnten!

In der Tat machen die jüngeren Entwicklungen innerhalb der Gewerkschaften, ob in Großbritannien oder in Italien, eins ganz deutlich: daß die Mitgliederbasis die sich aus der kooperativen Haltung der Gewerkschaften gegenüber den Regierungen ergebenden Gegenleistungen keineswegs als ‚proportional‘ zu der ihnen auferlegten Lohnzurückhaltung betrachtet. Eigentlich versagt die Vorstellung der ‚Proportionalität‘ einfach in einer derartigen Situation, wenn es darum geht, die Art von Gegenleistung zu umschreiben, mit der zum ersten Mal eine noch nie zuvor erreichte Lohnzurückhaltung, die auch nicht durch tiefverwurzelte Verhaltensmuster erleichtert wird, überhaupt durchzusetzen. Da geht es dann eben noch nicht darum, in utilitaristischer Manier Vorteile und Nachteile auszubalancieren – würden doch aufgrund streng utilitaristischer Kriterien selbst die aus tiefgreifenden politischen oder sozialen Reformen zu ziehenden Vorteile im Vergleich mit den Nachteilen eines Verhaltens der Lohnzurückhaltung schlecht abschneiden. Es geht in einer solchen Situation vielmehr darum, ein Klima der kollektiven Begeisterung zu erzeugen, in dem die Frage nach einem utilitaristischen Abwägen der Vor- und Nachteile gar nicht erst mehr gestellt wird; in solch einem Fall würde dann selbst ‚Blut, Schweiß und Tränen‘ der Vorzug vor beträchtlichen individuellen Vorteilen gegeben werden. So gesehen, besteht aber das Problem darin, daß sich ein wirtschaftspolitisches Stabilisierungsmanöver – das ja von der internationalen Finanzwelt unterstützt werden und im Inneren günstige ‚klimatische Bedingungen‘ für Profite und Investitionen schaffen müßte – wohl kaum als Gegenstand eignen dürfte, um eine derartige Stimmung ‚spontaner Austerität‘ hervorzurufen, wie sie etwa während eines ‚tief empfundenen Krieges‘ aufkommt. Und eben hierin liegt das zentrale Problem der korporatistischen Gestalt der industriellen Beziehungen (42).

Die gegenwärtig unter den radikaleren europäischen Gewerkschaftern geführ-

te Diskussion über Wirtschaftsdemokratie (43) dreht sich hauptsächlich um die Probleme des Informationszugangs und der Investitionskontrolle, die als Hebel zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen gesehen werden (44). Die meisten der in diese Richtung gehenden Politikkonzeptionen entspringen dabei nicht tradierten ideologischen Vorstellungen der Arbeiterbewegung, allenfalls sind solche Momente von ganz untergeordneter Bedeutung. Solche Konzeptionen leiten sich vielmehr aus der konkreten Enttäuschung her, die sich über die bisherigen Versuche breit macht, den Wirtschaftsprozeß mit Hilfe makroökonomischer Instrumente zu steuern – was sich immer deutlicher als unzureichend herausstellt, um die heute vorliegende Situation zu bewältigen.

7. Krisenüberwindung und Arbeiterbewegung

In der Nachkriegszeit hat die kapitalistische Welt ihre nachhaltigste historische Expansionsphase erlebt, nachdem zunächst Sorgen über die politischen Möglichkeiten eines ‚Vollbeschäftigungskapitalismus‘ (vgl. Kalecki 1943) (45) und Befürchtungen über eine Wirtschaftsrezession in den USA im Vordergrund gestanden hatten: Die USA wurden zum Demiurgen einer wirksamen Liberalisierung des Welthandels, und es verging eine lange Zeit, bevor die von Kalecki vorausgesagten politischen Konsequenzen der Vollbeschäftigung überhaupt fühlbar wurden. Heute sind dagegen jene externen ebenso wie die internen Bedingungen der keynesianischen Politik von Grund auf erschüttert – und dieses keineswegs bloß zufällig erfolgte Zusammentreffen erweist sich als ausgesprochen gefährlich.

Einige westeuropäische Länder waren schließlich bereits im Begriff zu lernen, wie sie mit der Vollbeschäftigung würden leben können. Zwar wissen wir nicht, ob man in der korporativistischen Wendung, die sie in ihrer politischen Entwicklung genommen haben, bereits die ‚grundlegende politische Reform‘ sehen kann, wie sie Kalecki vorschwebte; aber allein die Tatsache, daß sie dabei waren, es zu lernen, ist schon wichtig genug. In nächster Zeit könnte es allerdings für diese Länder schwieriger werden, mit einer großen importierten Arbeitslosigkeit, wie sie das Scheitern der externen Voraussetzungen keynesianischer Politik mit sich bringt, klar zu kommen: Das Netz des korporativistischen Grundkonsenses, mit so viel Geduld es auch gewoben wurde, ist nicht besonders haltbar. Es kann also dazu kommen, daß es reißt und daß Konflikte ausbrechen, wenn das Ziel der Vollbeschäftigung aufgegeben werden mußte.

Die meisten anderen westeuropäischen Länder sind von ihren internen Bedingungen her so unterschiedlich, daß ihre Unfähigkeit, mit den Auswirkungen der Vollbeschäftigung politisch fertig zu werden, allenfalls als ein kleinster gemeinsamer Nenner gelten kann. Alle diese Länder befinden sich jetzt jedenfalls in einer Abschwungphase des industriellen Zyklus, in der aus externen Gründen um einiges mehr sich abspielt als in den ‚Bremsphasen‘ der abgemilderten Gestalt des industriellen Zyklus, wie wir ihn aus der Nachkriegszeit kennen. Nirgends ist es allerdings bisher zu einer ausgewachsenen kapitalistischen ‚Reinigungskrise‘ gekommen, wie sie in

der Zwischenkriegszeit eine vertraute Erscheinung war; nirgends hat sich dementsprechend ein derartiger wirtschaftlicher und politischer Roll-Back der Arbeiterbewegung vollzogen, wie er in Großbritannien Mitte der zwanziger Jahre oder im Frankreich der Volksfrontregierung bewerkstelligt worden ist – um gar nicht erst auf diejenigen Länder zu sprechen zu kommen, in denen die demokratische Regierungsform gänzlich aufgehoben worden ist (vgl. C. S. Maier 1975 u. Fauvel-Rouif 1966). Ganz im Gegenteil – in vielen europäischen Ländern liegt heute das kapitalistische Krisenmanagement in den Händen der Arbeiterbewegung, in Gestalt sozialdemokratischer Regierungen (oder entsprechender Koalitionsregierungen), die eine restriktive Wirtschaftspolitik verfolgen, sowie von Gewerkschaftsführungen, die den Versuch machen, ihre Mitglieder zu deren Hinnahme zu veranlassen.

Die Feindseligkeit, die in der Zwischenkriegszeit in der Unternehmerschaft gegenüber den Parteien der Arbeiterklasse geherrscht hat, hat sich bei deren gegenwärtigen Erben fast überall erheblich abgeschwächt. Man kann wohl sagen, daß das aus gutem Grund geschehen ist: Die traditionelle Linksopposition, die für eine revolutionäre Expropriation der Produktionsmittel eintrat, existiert nur noch als Haltung kleiner radikaler Gruppen und findet allenfalls noch ein schwaches Echo etwa in der Programmatik der KPF. Die meisten Arbeiterparteien stehen heute loyal auf dem Boden der etablierten Gesellschaftsordnung und beschränken sich darauf, Forderungen mit Bezug auf Einkommensumverteilung und Erweiterung der gesellschaftlichen Kontrolle des Wirtschaftsprozesses zu erheben, die in dem dadurch gegebenen Rahmen verhandlungsfähig sind.

Das stellt die sozialdemokratischen Parteien aber ebenso wie die Gewerkschaftsführungen vor eine schwierige Aufgabe: Einerseits müssen sie die wirtschaftliche Entwicklung so steuern, daß sie nicht in Gegensatz zu Unternehmerschaft (und zu einem wachsenden Anteil der Wählerschaft) geraten, für die konservative Wertvorstellungen – Gesetz und Ordnung, Preisstabilität usf. – im Vordergrund stehen; andererseits sind sie in weit höherem Maß als andere politische Kräfte auf die Zielvorstellung der Vollbeschäftigung und auf die Durchführung von Umverteilungsmaßnahmen verpflichtet. Dabei müssen sie zugleich noch – während sie bereits mit dem genannten Dilemma ringen – ihre Überlegenheit gegenüber den konservativen Parteien unter Beweis stellen, indem sie für Lohnzurückhaltung sorgen.

Falls die gegenwärtige Rezession anhalten – oder sich gar verschlimmern – sollte, könnte der Fall eintreten, daß es Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht mehr gelingt, alle diese sich untereinander widersprechenden Ziele im Gleichgewicht zu halten. Unter diesen Umständen wird es dann wohl dazu kommen, daß sich die europäischen Nationen in ihrer politischen Entwicklung weiter voneinander entfernen, als das gegenwärtig der Fall ist: In einigen Ländern wird dann eine wirkliche ‚Reinigungskrise‘ nicht mehr zu vermeiden sein; in anderen werden wir dagegen vielleicht eine einschneidendere Vergesellschaftung des Wirtschaftsprozesses erleben, unter einer sozialdemokratischen Regierung, die sich schließlich dazu gezwungen sieht, den Konflikt mit der Unternehmerschaft zu wagen – und die auch stark genug wäre, deren Reaktion zu widerstehen.

Anmerkungen

- 1 Die Arbeitslosenquoten der EG-Staaten insgesamt beschreiben seit 1950 eine durchaus beunruhigende Kurve: Von 4,5 % (1950) fällt die Arbeitslosenquote bis auf 1,5 % (1961), um dann bis 1966 (mit leichten Schwankungen) auf dieser Höhe zu bleiben. Nach 1966 treten zunächst deutlichere Schwankungen auf, es wird ein aufsteigender Trend erkennbar, der die Arbeitslosenquote auf über 2 % (1973) anwachsen läßt. In den folgenden vier Jahren schießt dann die Arbeitslosenquote bis zu fast 5 % hinauf – also bis auf einen höheren Stand als ein Vierteljahrhundert zuvor. Aufgrund des beträchtlichen Anwachsens des Arbeitsangebotes in den siebziger Jahren wäre – angesichts des gleichzeitigen Rückgangs der Nachfrage nach Arbeit – die Schaffung einer riesigen Zahl von Arbeitsplätzen erforderlich, um die Arbeitslosenquote auch nur auf, sagen wir einmal, 3 % zu senken. Das wird nicht geschehen, falls die Regierungen sich an den ‚schmalen Pfad‘ (zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation) halten, den ihnen die UNESCO-Experten empfohlen haben. Daher wird sich Europa wohl an Arbeitslosenquoten von 4 - 6 % zu gewöhnen haben.
- 2 Die wichtigste Ausnahme stellen in diesem Punkt die katholischen Gewerkschaften dar, auch wenn sich in diesem Punkt inzwischen eine Aktionseinheit zwischen ihnen und den linken Gewerkschaften entwickelt hat – etwa in Frankreich oder in Italien – oder es sogar zu einem vollständigen Zusammenschluß gekommen ist – wie in den Niederlanden 1976.
- 3 In einigen europäischen Ländern finden zwischen hochgradig zentralisierten Gewerkschaften und der Regierung laufende Konsultationen statt; in den meisten sind (1977, A.d.Ü.) sozialdemokratische Regierungen mit gewerkschaftlicher Unterstützung an der Macht. Die Wurzeln dafür gehen historisch z.T. weit zurück; einige Züge dieser Situation haben sich aber auch erst in der Zeit seit dem II. Weltkrieg entwickelt, in der ein sehr niedriger Stand der Arbeitslosigkeit, verbunden mit beträchtlichen Reallohnsteigerungen, die Lage in den meisten Ländern seit den späten fünfziger Jahren bestimmte. In dieser Situation sahen sich die Gewerkschaften im Großen und Ganzen dazu in der Lage, ihren Mitgliedern individuelle Vorteile zu verschaffen, ohne deswegen von der Verfolgung übergeordneter Ziele abgehen zu müssen, so daß die Wirtschaftspolitik, die mit dieser günstigen Entwicklung Hand in Hand ging, von ihnen zumindest akzeptiert wurde, sofern sie sich nicht sogar aktiv an ihr beteiligten.
- 4 Daß dies keine unbegründete Besorgnis ist, hat die gründliche Untersuchung von Bain, Elsheikh 1976 gezeigt: Sie kommt zu dem Ergebnis, daß Arbeitslosigkeit als ein wirkungsvoller Hebel gegen eine weitergehende gewerkschaftliche Organisierung funktioniert.
- 5 Der Ausdruck ‚industrielle Beziehungen‘ beginnt sich auch in der deutschsprachigen Diskussion für die Gesamtheit der unmittelbaren Verhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital als kollektiven Größen zu etablieren (A.d.Ü.).
- 6 Derartige Diskussionen an sich stellen noch nichts Neues dar. Heute werden sie aber in einer Situation geführt, in der sich Beschäftigung und Wirtschaftstätigkeit auf dem Tiefstand befinden, während gleichzeitig die Preise mit ungewöhnlicher Geschwindigkeit steigen (1977, A.d.Ü.).
- 7 Die unabhängige Variable, die unseren Schätzungen zugrundeliegt, nämlich Dauer und Schwere der gegenwärtigen Stagnation und Arbeitslosigkeit, ist selbst allerdings nicht genau zu bestimmen. Für die Entwicklung der industriellen Beziehungen in Europa wird es in dieser Hinsicht nicht allein entscheidend sein, ob sich eher optimistische oder eher pessimistische Voraussagen bewahrheiten werden; von wesentlicher Bedeutung wird es auch sein, ob die (bis 1968 sich in der Literatur auch widerspiegelnde) Konvergenz der Entwicklungen innerhalb der verschiedenen Länder anhält – oder ob es aufgrund unterschiedlicher Reaktionen auf die auftretenden Schwierigkeiten zu divergierenden Entwicklungen kommen wird.
- 8 Was damit inhaltlich gemeint ist, wird etwa deutlich, wenn man sich vor Augen führt, was gemeint ist, wenn von dem ‚ungünstigen Klima‘ der Zeit nach dem 1. Weltkrieg ge-

sprochen wird. (Zu den Stabilisierungsproblemen dreier großer europäischer Länder in dieser Zeit vgl. C.S. Maier 1975)

- 9 Dieses vereinfachte Modell beschreibt nicht die Entwicklung in ganz Europa. Am nächsten kommen ihm wohl die Bundesrepublik Deutschland und Italien – während Großbritannien am weitesten von ihm entfernt blieb. Dennoch erlaubt das Modell, eine breiter angelegte politische Perspektive aufzuzeigen.
- 10 Nur die schwächsten unter den politischen Parteien und den sozialen Bewegungen haben in dieser Periode den Staat für die Erreichung der Vollbeschäftigung verantwortlich gemacht.
- 11 Nach der ersten, unbestreitbar erfolgreichen Phase der britischen, schwedischen oder auch holländischen Wiederaufbaupolitik der Nachkriegszeit war es dann vor allem Großbritannien, dem es zufiel, exemplarisch vorzuführen, wohin die Vollbeschäftigung in Verbindung mit einer starken Arbeiterbewegung auch im übrigen Europa würde führen können (vgl. aber auch Panitch 1979 zu den Konsequenzen des ‚Vollbeschäftigungssiegs‘ in Großbritannien, A.d.Ü.)
- 12 In Italien etwa wurde die erste eindeutige Welle von Lohnerhöhungen etwa durch das Zusammentreffen einer außer Kontrolle geratenen Boomperiode mit einem deutlich überschüssigen Angebot auf dem Geldmarkt und mit einem leergefegten Arbeitsmarkt ausgelöst. Darauf wurde mit einer sehr restriktiven Kreditpolitik reagiert, durch die dann der inflationäre Prozeß sehr schnell wieder unter Kontrolle kam. Ähnlich deutlich ist das Beispiel der Bundesrepublik in der Rezession 1966/67. Insgesamt gesehen erscheint dabei aus heutiger Sicht vor allem die Geschwindigkeit als überraschend, mit der in den sechziger Jahren die ‚Märkte‘ auf harte restriktive Maßnahmen reagiert haben.
- 13 Nur extrem monetaristische Interpretationen der Lohninflation der späten sechziger und der frühen siebziger Jahre würden wohl so weit gehen, diesen Sachverhalt zu leugnen. Sehr klar bringen demgegenüber die Untersuchungen von R. J. Gordon (zuletzt 1977) die Bedeutung politischer und sozialer Momente im inflationären Prozeß heraus. (Vgl. neuerdings auch Hirsch, Goldthorpe 1978)
- 14 Dt. im italienischen Text! (A.d.Ü.)
- 15 Unsere These ist es, daß eine Unterausnutzung der Marktmacht der Arbeit durchaus stattfinden kann, sowie, daß sie ihrerseits auf durchaus stabilen politischen Konstellationen beruhen kann. Die Fälle Österreichs und Schwedens auf der einen, sowie Großbritannien und die Niederlande auf der anderen Seite machen das sehr deutlich. (Als Standard-Übersicht über die westeuropäischen Einkommenspolitiken vgl. Ulman, Flanagan 1971 sowie A. R. Braun 1975, bis 1973.)
- 16 So haben in einigen Ländern die Forderungen der Gewerkschaften und das Verhalten der mit ihnen verbundenen Parteien zu höheren Löhnen in Verbindung mit entsprechenden Anpassungen des Geldwertes geführt, während sie unter anderen Umständen ein genau entgegengesetztes Verhalten gezeigt haben.
- 17 Dadurch sind die durchaus unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der verschiedenen europäischen Länder – mit ihren mehr konfliktorischen oder mehr integrationistischen Traditionen – allerdings keineswegs aufgehoben worden.
- 18 Dt. in beiden Originalen! (A.d.Ü.)
- 19 Westdeutschland weist eine ganze Reihe von Übereinstimmungen mit Österreich auf; aber in der Bundesrepublik entwickelten sich trotz allem seit 1967 heftige soziale Spannungen. Aufgrund der rasch einsetzenden Enttäuschung über die konzertierte Aktion und des anschließenden Ausbruchs der neuen Kampfbereitschaft der Arbeiter konnte sich dann die bereits auf den Weg gebrachte korporatistische Modifikation des Systems der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik nicht durchsetzen.
- 20 Nur durch eine Analyse, die zu klären erlaubt, welches unterschiedliche Gewicht den verschiedenen Interessengruppen und gesellschaftlichen Kräften in den verschiedenen Ländern zukommt, sowie, welche spezifischen politischen Zwänge in den einzelnen Ländern bestehen, könnten diese unterschiedlichen Verlaufsmuster des Zyklus erklärt werden.
- 21 Die Unterscheidung zwischen externen und internen Bedingungen wird hier lediglich im

- Sinne einer ganz groben Taxonomie verwendet; in Wirklichkeit besteht zwischen beiden Arten von Bedingungen ein ganz enger Zusammenhang.
- 22 d.h. 1976 und 1977 (A.d.Ü.)
- 23 Arbeitslosenquoten sind national unterschiedlich definiert, so daß eine umfängliche Untersuchung erforderlich wäre, um international vergleichbare Zahlen zu erhalten (bis 1975). Da wir hier aber nur grobe Größenordnungen benötigen, können wir uns mit den verfügbaren Daten begnügen: Insbesondere, wenn wir ergänzend die Differenzen zwischen den Arbeitslosenquoten von 1973 und 1977 heranziehen, können wir die von uns vorgenommene Anordnung als im Großen und Ganzen zuverlässig betrachten. (Da die dänischen Daten wohl etwas übertrieben sind, haben wir Dänemark den anderen kleineren Ländern Nordeuropas zugeordnet, anstatt es etwa mit Großbritannien und Italien zu klassifizieren.)
- 24 Wir verstehen unter ‚Korporatismus‘ die Delegation eines breiten Spektrums wirtschaftspolitischer Lenkungsaufgaben an eine Aushandlungsinstitution, die von den Spitzen der Interessenverbände gebildet wird. Eine derartige Verlagerung vollzieht sich, sobald die Interessengruppen die Zwänge einer entwickelten kapitalistischen Wirtschaft internalisiert haben – sofern beide Seiten auch gewillt und in der Lage sind, die Verhandlungsergebnisse bei den von ihnen vertretenen Gruppen durchzusetzen. Nach unserem Verständnis ist also etwa Österreich eine korporatistische Gesellschaft, nicht aber das etatistische Frankreich. (Die meisten Autoren, die den Korporatismusbegriff verwenden, sind damit wegen dessen Unterton im Sinne autoritärer und undemokratischer Politikformen unzufrieden; Beifügungen wie ‚liberal‘ sollen diese Nebenbedeutung ausdrücklich ausschließen.)
- 25 Das ist bei Ländern mit einer so starken Zahlungsbilanzposition wie der Bundesrepublik einigermaßen überraschend: Sie hätten durchaus eine etwas größere Inflation als Preis für höhere Produktion und eine bessere Beschäftigungslage in Kauf nehmen können.
- 26 Viele europäische Länder haben schon vor der Inflationswelle der letzten Jahre unterschiedliche Formen von Preisindexklauseln praktiziert (vgl. A. R. Braun 1976).
- 27 An der Frage einer Preisindexklausel scheiterten z.B. Ende 1976 in den Niederlanden die zentralen Lohnverhandlungen. Die Weigerung der Unternehmerverbände, die bisherige Praxis automatischer Lohnerhöhungen als Ausgleich für Preissteigerungen fortzusetzen, provozierte eine der größten Streikwellen der letzten Jahre. Für 1977 mußte dasselbe Indexierungssystem branchenweise neu verhandelt werden.
- 28 Der britische ‚Sozialvertrag‘ wurde nicht zwischen den sich gegenüberstehenden Interessengruppen geschlossen, sondern zwischen den Gewerkschaften und der Labour-Regierung, die gewissermaßen als Makler und Sachwalter für die anderen betroffenen Interessen fungierte.
- 29 Allerdings bleibt es verwunderlich, daß die Ideologien des Plan- und Wohlfahrtsstaates in vielen Ländern in einer Periode aufzublühen begannen, als der Markt noch die treibende Kraft eines Wirtschaftsaufschwunges von nie geahnter Größe war – während die alten liberalen Vorstellungen gerade in dem Moment aus den hintersten Schubladenecken hervorgestöbert und unter Verwendung von sehr viel Gehirnschmalz neu aufpoliert werden, wo der Markt so denkbar schlecht funktioniert.
- 30 Seit der Ölkrise wird von staatlicher Seite der Problematik einer Industriepolitik mehr Aufmerksamkeit gewidmet – dabei bilden dann der Aspekt der Beschäftigungspolitik und der der internationalen Wettbewerbsfähigkeit die Hauptgesichtspunkte – und es finden auch zunehmend dreiseitige Konsultationen über diese Thematik statt. (Vgl. die von der OECD erstellten Übersichten: OECD 1971, OECD 1975 und OECD 1976 a, sowie die breiter angelegten Untersuchungen von Vernon 1974 und Hayward, Watson 1975.)
- 31 Insbesondere ist das alte französische Prinzip des *garder l'outil*, demgemäß im Interesse der nationalen Unabhängigkeit um jeden Preis die heimische Industrie in allen ihren Branchen zu schützen ist, noch nicht wirklich aufgegeben.
- 32 Die wenigen Fälle, in denen eine Arbeitslosigkeit in großem Maßstab diese Kategorie betrifft (meistens als Resultat größerer Unternehmenszusammenbrüche) werden in allen

- Ländern als *ad hoc* zu behandelnde und zu lösende Problemfälle betrachtet.
- 33 Alle diese Politiken haben Übergangscharakter und werden selektiv wirksam. Darüberhinaus sind die ersten Ergebnisse ihrer Durchsetzung, wie sie uns inzwischen vorliegen – mit Ausnahme des ‚gelungenen‘ Nach-Hause-Schickens der Arbeitsimmigranten –, alles andere als ermutigend.
- 34 Dabei muß man sich vor Augen halten, daß einem Anwachsen dieser Art von Staatsausgaben zwei ganz unterschiedliche Entwicklungen zugrundeliegen können: eine Erhöhung der transferierten Einkommen oder ein Zuwachs in der Zahl der Zahlungsempfänger. Zu den in diesem Umstand verborgenen Problemen einer wirksamen Einkommenspolitik vgl. insb. OECD 1976 b.
- 35 Wenn man dazu noch die Erhöhungen der gesetzlichen Mindestlöhne, die zunehmende Einführung von Sozialbeiträgen im Rahmen tariflicher Lohnerhöhungen und den Umstand mit in Betracht zieht, daß die Lohngleitklauseln alle nicht proportional zur Lohnhöhe funktionieren, kann man verstehen, warum sich in vielen Ländern eine Verringerung der Einkommensunterschiede in den unteren Bereichen der Einkommenshierarchie durchgesetzt hat.
- 36 Die Konsultationen können sich auf die beiden Hauptträger der industriellen Beziehungen beschränken oder auch noch andere Interessengruppen mit einbeziehen (so etwa die Bauern in Österreich oder die Bauern und Fischer in Norwegen); der Staat kann formell an den Vereinbarungen beteiligt sein (wie in Norwegen, Irland, Finnland) oder aber formell unbeteiligt bleiben, wie in Österreich und Schweden.
- 37 Frankreich stellt die wichtigste Ausnahme mit Bezug auf diesen Trend dar. Wesentlicher differenzierender Faktor für seine Auswirkungen dürfte wohl das Vorliegen oder Nicht-Vorliegen eines gesellschaftlichen Grundkonsenses sein – sowie die Fähigkeit der Verbandsspitzen, sich bei ihren Mitgliedern durchzusetzen.
- 38 Das gilt seit dem Beitritt der PCI zur parlamentarischen Mehrheit des Kabinetts Andreotti selbst für Italien.
- 39 Selbst die italienischen Kommunisten haben sich anscheinend inzwischen die Hauptregeln des kapitalistischen Spiels angeeignet.
- 40 Als Beispiel für das Erstere kann man etwa das italienische ‚Statuto dei Lavoratori‘ (Februar 1970) nennen oder das norwegische Gesetz über die ‚Reorganisation des Arbeitsplatzes‘ (Juli 1977, vgl. Gustavsen 1977). Beispiele für das Letztere gehen in Richtung von Praktiken des *closed shop* (vgl. Crouch 1977, S. 270 f.)
- 41 In Großbritannien sind eben daran die Vorstellungen von Tony Benn als Industrieminister der Labour-Regierung gescheitert, die auf eine Ausweitung der Vergesellschaftung der Produktion durch Planung und öffentliche Investitionen zielten.
- 42 Für die Konstanz, mit der Helmut Schmidt sich zumindest rhetorisch in dieser Kunst übt, vgl. schon die Analyse von Volmert 1979 (AdÜ).
- 43 Vgl. Nielsen, Hansen, Windmüller 1979 (AdÜ).
- 44 so etwa ausdrücklich im holländischen nationalen Dachverband der Gewerkschaften.
- 45 Außer Kalecki haben damals auch andere die Unfähigkeit der westlichen Demokratie im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren als Schwäche gegenüber dem aufsteigenden Faschismus gesehen (etwa Mandelbaum 1944).

Literatur (einschließlich Literatur AdÜ)

- Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, Mai 1977 (Schwerpunktheft Wirtschaftsdemokratie)
- Bain, G. S., Elsheikh, F.: Union Growth and the Business Cycle, Oxford 1975

- Barkin, S. (HG.), *Worker Militancy and its Consequences, 1965 - 75*, New York 1975
- Biasco, S.: *L'inflazione nei paesi capitalistici industrializzati*, Milano 1979
- Braun, A. R.: *The Role of Incomes Policy in Industrial Countries since World War Two*, International Monetary Fund Staff Papers, 22 (1975) Nr. 1
- Braun, A. R.: *Indexation of Wages and Salaries in Developed Economies*, International Monetary Fund Staff Papers, 23 (1976) Nr. 1
- Brown, F. H. P.: *A non-Monetarist View of the Pay Explosion*, *Three Banks Review* (1975) Nr. 105
- Crouch, C.: *Class Conflict and the Industrial Relations Crisis*, London 1977
- Crouch, C., Pizzorno, A. (Hg.) *The Resurgence of Class Conflict in Europe*, London 1978
- Daedalus, Herbst 1964 (Schwerpunktheft 'The New Europe')
- Erichsen, E.: *Economic Planning and Policies in Norway*, *Challenge* (1978) Jan. - Feb.
- Fauvel-Rouif, D. (Hg.) *Mouvements ouvriers et dépression économique de 1922 à 1939*, Assen 1966
- Gordon, R. J.: *World Inflation and Monetary Accommodation in Eight Countries*, *Brookings Papers on Economic Activity* (1977) Nr. 2
- Gustavsen, B.: *International Labour Review* 115 (1977) Nr.3
- Hagelstange, T.: *Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften 1950 - 1978*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* Nr. 11 (1979)
- Hayward, J., Watson, M.: *Planning, Politics, and Public Policy*, London 1975
- Hirsch, F., Goldthorpe, J.H. (Hg.) *The Political Economy of Inflation*, London 1978
- Hoffmann, J.: *Ökonomischer oder politischer Konjunkturzyklus? Ökonomischer Zyklus, staatliche Wirtschaftspolitik und Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Diss. Freie Universität Berlin 1978
- Kalecki, M.: *Political Aspects of Full Employment*, *Political Quarterly* 14 (1943) Nr. 4 (Wieder in: Ders., *Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy*, London 1971)
- Kastendiek, H.: *Neokorporatismus?* (1980) in diesem Heft
- Kindleberger, C. P.: *Europe's Postwar Growth: the Role of Labour Supply*, Harvard 1967
- Lehmbruch, G.: *Liberal Corporatism and Party Government*, *Comparative Political Studies* 10 (1977) Nr. 1
- Maier, C. S.: *Recasting Bourgeois Europe*, Princeton 1975
- Mandelbaum, K.: *The Economics of Full Employment*, Oxford 1944
- Nielsen, Hansen, Windmüller: *Krise des 'Entwicklungsmodells' und Notwendigkeit einer alternativen Wirtschaftspolitik in Dänemark*, *Probleme des Klassenkampfes* (1979) Nr. 37
- OECD: *The Industrial Policies of Fourteen Member Countries*, Paris 1971
- OECD: *Annual Survey*, Paris 1973
- OECD: *The Aims and Instruments of Industrial Policy*, Paris 1975
- OECD: *Politics for Promoting Industrial Adaptation*, Paris 1976 a
- OECD: *Public Expenditure and Income Maintenance Programmes*, Paris 1976 b
- OECD: *Towards Price Stability and Full Employment*, Paris 1977 a
- OECD: *Economic Surveys. Austria*, Paris 1977 b
- OECD: *Main Economic Indicators*, Paris 1978
- Panitch, L.: *The Development of Corporatism in Liberal Democracies*, *Comparative Political Studies* 10 (1977) Nr. 1
- Panitch, L.: *Klassenkampf in Großbritannien 1979*, I., II., links 11 (1979) Sept., Okt.
- Pizzorno, A.: *The Individualistic Mobilization in Europe*, *Daedalus* (1964) Winter
- Ross, A. M.: *Prosperity and Labor Relations in Europe: The Case of West Germany*, *Quarterly Journal of Economics* (1962) S. 331 - 369
- Ross, A. M.: *Prosperity and Labor Relations in Europe: Italy and France*, *Industrial and Labour Relations Review* (1962) S. 63 - 85
- Ross, A. M.: *Prosperity and British Labor Relations*, *Industrial Relations* (1963) S. 63 - 94
- Schmitter, P.: *Modes of Interest Intermediation and Models of Societal Change in Western Europe*, *Comparative Political Studies* 10 (1977) Nr. 1
- Sorge, A.: *Journal of Industrial Relations* 14 (1976) Nr. 3

- Sorrentino, C.: The Measure of Unemployment in OECD Countries, Paris 1975 (hektographiertes Ms.)
- Trevithick, J. A.: Inflation, Harmondsworth 1977
- Ulman, L., Flanagan, R. G.: Wage Restraint. A Study of Incomes Policy in Western Europe, Berkeley 1971
- Vernon, R. (Hg.) Public Intervention in Industry, Cambridge 1974
- Volmert, J.: Erprobung des Ernstfalls, alternative 22 (1979) Nr. 124

Gewerkschaftsanalysen in der PROKLA:

- Willi Semmler / Jürgen Hoffmann: Kapitalakkumulation, Staatseingriffe und Lohnbewegung, in PROKLA Nr. 2 (1972)
- Hans Ullrich: Kapitalistische Entwicklung und Rolle des Staates in der Einschätzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: PROKLA Nr. 6 (1973)
- Betriebsgruppe BMW: Betriebspolitik bei BMW, in: PROKLA Nr. 7
- P. G. Lopez: Material zur spanischen Streikbewegung, in: PROKLA Nr. 13 (1974)
- Autorenkollektiv: Betriebspolitik am Beispiel OSRAM, in: PROKLA Nr. 23 (1976)
- Ursula Schaible: Der Arbeitskampf der Druckarbeiter in der Tarifrunde 1976, in: PROKLA Nr. 24
- Hildebrandt / Olle / Schoeller: National unterschiedliche Produktionsbedingungen als Schranke einer gewerkschaftlichen Internationalisierung, in: PROKLA Nr. 24 (1976)
- Thomas Isensee / Christel Neusüß: Der Berliner GEW-Konflikt, in: PROKLA Nr. 27 (1977)
- Eckart Hildebrandt: Feuern ohne zu Heuern – Betriebliche Personalpolitik in der Krise 1975/1976, in: PROKLA Nr. 26 (1977)
- Karl Lauschke: Zur Kritik gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, in: PROKLA Nr. 28 (1977)
- Wolfgang Müller / Christel Neusüß: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: SONDERHEFT der PROKLA Nr. 1 (1971)
- Redaktionskollektiv Gewerkschaften:
 - Thesen zur Gewerkschaftsanalyse (in PROKLA Nr. 2, 1972)
 - Klassenkämpfe in Westeuropa in den 60er Jahren (in PROKLA Nr. 4 und 5, 1972)
 - Zur Intensifikation der Arbeit in der BRD (in PROKLA Nr. 4 und 5, 1972)
 - Kritik der „RGO“ (in PROKLA Nr. 8/9, 1973)
 - Neue Momente in der Klassenbewegung 1973 in der Metallindustrie (in PROKLA Nr. 10, 1973)
 - Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftspolitik (in PROKLA Nr. 13, 1974)
 - Krise und Arbeitslosigkeit (in PROKLA Nr. 19 / 20 / 21, 1975)